

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Axel Diefhoff 4196/4198



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 31, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadicut

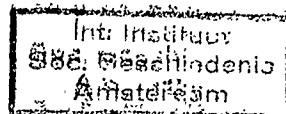
Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. April 1930

Artikel 48 und Steuergesetze.

Eine Lektion für Herrn Brüning.



SPD. Falls der Reichstag der Regierung das Vertrauen versagt, will sie die Steuererhöhungen mit Hilfe des Art. 48 der Reichsverfassung in Kraft setzen. Wir haben bereits dargelegt, dass das verfassungsrechtlich unzulässig ist. Auch der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Breitscheid, hat diese Absichten der Reichsregierung am Mittwoch im Reichstag als glatten Verfassungsbruch bezeichnet. Demgegenüber wird nun darauf hingewiesen, dass schon in früheren Jahren der Art. 48 für Veränderungen der Steuergesetzgebung benutzt worden sei.

Die Tatsache selbst ist richtig. In den Jahren 1923 und 1924 sind unter der Reichspräsidentschaft von Ebert fünf Verordnungen auf Grund des Art. 48 erlassen worden, die sich mit der Steuergesetzgebung beschäftigen. Es handelt sich dabei um folgende Verordnungen:

1. 11. Oktober 1923: Aufwertung der Zahlungen der Reichssteuern.
2. 7. Dezember 1923: Vorverlegung der Fälligkeit des dritten Teilbetrages der Rhein-Ruhr-Abgabe.
3. 14. September 1924: Ermässigung der Umsatzsteuer, der Gesellschaftssteuer und der Börsenumsatzsteuer.
4. 10. November 1924: Ermässigung der Einkommensteuer, der Lohnsteuer, der Körperschaftssteuer, der Umsatzsteuer usw.
5. 29. Dezember 1924: Aufrechterhaltung von Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes und des Weinsteuergesetzes.

Wer aus dem Erlass dieser Verordnungen auf Grund des Art. 48 Folgerungen für die Gegenwart ableitet, geht an den völlig veränderten Verhältnissen absichtlich vorbei. Zunächst sei darauf verwiesen, dass sowohl 1923 als auch 1924 politisch und wirtschaftlich stürmische Zeiten bestanden, die mit der gegenwärtigen Lage nicht in Vergleich gesetzt werden können. Konnte man damals sagen, wenigstens mit einigem Recht, dass durch die Anwendung des Art. 48 für die Steuergesetzgebung die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederhergestellt werden kann, so kann heute davon keine Rede sein. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit ist gegenwärtig nicht gefährdet, sie kann durch die Anwendung des Art. 48 für die Steuergesetzgebung nur gestört und gefährdet werden.

Ein anderer, sehr wesentlicher Unterschied zwischen damals und heute liegt in der Tatsache, dass vom 26. September 1923 bis zum 28. Februar 1924 der Ausnahmestand wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bereits bestand, während jetzt nicht der geringste Anlass zur Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben ist. Die beiden ersten oben aufgeführten Verordnungen sind also auch in einer Zeit erlassen worden, in der der Ausnahmezustand bereits verordnet war. Trotzdem sind sie beide sofort durch die Ermächtigungsgesetze legalisiert worden. Man hat also selbst in jenen stürmischen Zeiten empfunden, dass die Steuerverordnungen nicht auf Grund des Art. 48 in Kraft gesetzt werden durften. Dass trotzdem die drei weiteren Verordnungen auf Grund des Art. 48 ange-

ordnet worden sind, ist wiederum in den aussergewöhnlichen Umständen der damaligen Zeit begründet. Der Reichstag, der sich Ende August 1924 vertagt hatte und am 20. Oktober aufgelöst worden war, ist in dieser ganzen Zeit nicht versammelt gewesen. Die Anwendung des Art. 48 ist also auf keinen Fall als eine gegen das Parlament gerichtete Massnahme betrachtet worden.

Sieht man von der Verordnung über die Aufrechterhaltung von Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes und des Weinsteuergesetzes ab, so handelt es sich bei den beiden anderen Verordnungen um die Ermässigung von Steuern, die weder bei ihrem Erlass, noch später irgendwie umstritten war. Das ist verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die zu ermässigenden Steuern nicht auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung zustande gekommen waren, sondern auf dem Zweiten Ermächtigungsgesetz und den darauf erlassenen Steuernotverordnungen beruhten. Man vertrat infolgedessen den Standpunkt, dass die Steuergesetze, die auf Notverordnungen beruhten und wegen der Festigung der Währung ausserordentlich hoch angesetzt worden waren, auch durch Nordverordnungen gemildert werden könnten.

Gegenwärtig besteht ein in jeder Beziehung anderer Tatbestand. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit ist nicht gestört, ein Ausnahmezustand besteht seit Jahren nicht mehr. Der Reichstag ist versammelt. Er ist bereit, die zum Ausgleich des Reichshaushalts erforderlichen Steuererhöhungen zu bewilligen. Selbst wenn das gegenwärtig durch einen etwaigen Sturz der Reichsregierung in diesen Tagen nicht der Fall sein sollte, so wird dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht im geringsten gestört. Bei einem Reichsetat von fast 11 Milliarden ist die Deckung eines Jahresfehlbetrages von 300 - 400 Millionen auch dann ohne Störung der Kassenlage und der Finanzlage des Reiches möglich, wenn noch einige Wochen bis zur Erledigung der entsprechenden Gesetze vergehen sollten.

Wer bei dieser Sachlage den Art. 48 zum Erlass von Steuergesetzen benutzt, kann sich nicht auf frühere Vorgänge berufen. Er kann sein Verhalten auch nicht damit entschuldigen, dass er die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherstellen oder aufrechterhalten will. Auf ihm bleibt der Vorwurf haften, dass er den Artikel 48 benutzt als Kampfmassnahme gegen das Parlament und gegen die Verfassung. Und das ist Verfassungsbruch!

SPD. Paris, 2. April (Eig. Drahtb.)

Auf den bekannten französischen Industriellen, Graf de Sienne, wurde am Mittwoch früh ein mysteriöses Attentat verübt. Der Postbote überbrachte dem Grafen de Sienne am Morgen ein kleines Paket. Als de Sienne das Paket öffnete erfolgte eine Explosion. Aus dem Paket brach gleichzeitig eine hohe Stichflamme hervor. Der Graf wurde jedoch nicht verletzt.

Vor kurzer Zeit wurde einem anderen französischen Aristokraten und ebenfalls Rennstall-Besitzer wie de Sienne, dem Grafen de Boisgelin eine ähnliche Höllenmaschine zugesandt.

SPD. Die Zugenörigkeit des demokratischen Reichsministers Dr. Dietrich zum Kabinett Brüning hat insbesondere in jungdemokratischen Kreisen lebhafteste Proteste hervorgerufen. So ist z.B. der Hamburger demokratische Reichstagsabgeordnete Büll gebeten worden, keinesfalls für die Regierung Brüning zu stimmen.

SPD. Paris, 2. April (Eig. Drahtb.)

In hiesigen industriellen Kreisen sind Gerüchte über einen bevorstehenden Riesenskandal bei einer der grössten Petroleumgesellschaften im Umlauf, der möglicherweise bereits in den nächsten Tagen zum Ausbruch kommen wird. In den Skandal sollen zwei namhafte Parlamentarier verwickelt sein, denen es bisher gelang, die Angelegenheit zu vertuschen. Tardieu sei jedoch entschlossen, die Untersuchung unbehindert durchführen zu lassen. Angeblich hat Henry Deterding dem französischen Ministerpräsidenten am Montag interessante Aufklärungen über die Hintergründe des Skandals zu geben gewusst.

SPD. München, 2. April (Eig. Drahtb.)

Unter ausserordentlich starker Beteiligung fand am Mittwoch im Münchener Schwurgerichtssaal die Gläubigerversammlung der Bayerischen Eisenbahnerbank statt.

Der vorläufige Konkursverwalter erstattete einen erschöpfenden Bericht über den Stand des Konkurses und über die Ursachen des Zusammenbruchs. Die Hauptursache sei die banktechnische Unfähigkeit der leitenden Direktoren gewesen. Die Bilanzen seien zwar formell in Ordnung, wiesen aber materiell grobe Verstösse auf. Der Grundsatz der Bilanzwahrheit sei schwer verletzt worden. Es sei eine ins Masslose gehende Überbewertung von Effekten festgestellt worden. So seien Effekten um eine halbe Million höher gebucht worden, als ihr tatsächlicher Wert war. Forderungen, die als absolut verloren gelten mussten, seien in den Bilanzen als Aktiven erschienen. Nahezu eine halbe Million an Kontokorrent-Debitoren seien verloren gegangen. Die grossen Verluste aus Holz- und Grundstücksspekulationen in Höhe von 700 000 Mark gar nicht gerechnet. In einem Teil der Sparbücher habe sich gefunden, dass der Bayerische Eisenbahnerverband mit seinem ganzen Vermögen für die Sparbücher hafte. Es habe bisher jedoch nicht festgestellt werden können, wie dieser Satz in die Bücher hineingekommen sei. Die seit der Währungsstabilisierung angewandten Geschäftsmethoden haben erkennen lassen, dass die Bankleitung ihr Hauptaugenmerk nicht so sehr auf die Sicherheit und Bonität gerichtet habe, wie es ihrem Charakter als Gewerkschaftsbank entsprochen hätte, als vielmehr auf die wildeste Spekulation. Dabei seien eine Reihe von Geschäften getätigt worden, die den Satzungen der Bank direkt zuwidergelaufen seien. Dazu komme eine vollkommen wahrheitswidrige Dividenden-Politik, die rein aus Prestigegründen getrieben worden sei. So seien trotz der Verluste Jahre lang 12 Prozent ausgezahlt worden. Die Bank sei nicht etwa ein Opfer der wirtschaftlichen Depression, sondern einzig und allein der Spekulation und der Unfähigkeit ihrer Leiter. Aus Effektengeschäften ergebe sich ein Verlust von 719 000 Mark. Aus Prestigegründen seien über 58 000 Mark Steuern gezahlt worden, obwohl die Bank bei ihrem Stand überhaupt keine Steuern hätte bezahlen brauchen, nachdem sie bereits Ende 1927 eine Unterbilanz von 300 000 Mark aufwies. Am schwersten belastet sei der erste Direktor Bergmeier, der ohne banktechnische Kenntnisse zu den gewagtesten Spekulationen gedrängt habe. Über einen Dispositionsfonds von etwa 120 000 Mark, über den Direktor Bergmeier verfügte, habe überhaupt keine Aufklärung gegeben werden können, da die Belege vermutlich aus steuerlichen Gründen vernichtet worden seien. Es ergebe sich ein Status von 1 448 000 Aktiven und 5 645 000 Mark Passiven, darunter 3 917 000 Mark Einlagen von ca. 4 000 Sparern. Nach dem Abzug der Kosten und der Beträge für die gesicherten Gläubiger ergebe sich ein Aktivum von ca. 1 068 000 Mark gegenüber einem Passivum von 5 420 000 Mark, sodass im günstigsten Fall mit einer Gläubigerquote von 20 Prozent zu rechnen sei. Sowohl gegen den Vorstand wie gegen den Aufsichtsrat sei strengste Untersuchung eingeleitet.

Die Diskussion gestaltete sich ausserordentlich lebhaft. Die Redner wurden durch erregte Entrüstungsrufe wiederholt unterbrochen. Es wurde gefordert, dass auch die Aufsichtsratsmitglieder, denen prominente Vertreter der Bayeri-

schen Volkspartei angehören, strengstens zur Rechenschaft gezogen werden. Lebhaft kritisiert wurde, dass der Bayerische Eisenbahnerverband in der Versammlung allein mit 2 000 Vollmachten vertreten und dadurch in der Lage war, die Versammlung zu majorisieren. Ein Redner machte Mitteilung, dass ihm der 1. Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, Reichstagsabgeordneter Dauer, auf die Frage, ob auch er sein Geld verloren habe, erwiderte, er habe der Bank nicht getraut. Bei dieser Eröffnung setzte ein äusserst starker Lärm ein. Erregte Zurufe wie "Aufhängen!" wurden laut. Schliesslich wurde zur Abstimmung geschritten. Zum Konkursverwalter wurde der bisherige Konkursverwalter einstimmig gewählt. Die Wahl des 11köpfigen Gläubigerausschusses zog sich sehr in die Länge, da bei einer Reihe von Kandidaten keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Charakteristisch für die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses ist die Tatsache, dass ihm nur einzige zwei unmittelbar geschädigte Gläubiger angehören, während alle anderen Mitglieder Angestellte oder Funktionäre des Eisenbahnerverbandes sind. Das künstlich erzielte Stimmenübergewicht des Eisenbahnerverbandes hatte also seine Wirkung getan.

SPD. Die Brandlergruppe setzte ihre Bemühungen auf organisatorischen Zusammenschluss der gesamten kommunistischen Opposition fort. In Berlin fand dieser Tage eine Aussprache der drei kommunistischen Oppositionsströmungen statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit der Frage, ob ein gemeinsames Auftreten und die Schaffung eines in diesem Sinne geleiteten Berliner Tagesorgans möglich sei. Die Ansichten hierüber gingen noch weit auseinander. Die kommunistische Opposition will jedoch von Fall zu Fall einheitlich gegen die KPD vorgehen. Von der Herausgabe eines Tagesorgans wurde vorläufig Abstand genommen.

SPD. Hamburg, 2. April (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch nachmittag kurz vor sechs Uhr wurde in einem Seiten-Treppenhause des Warenhauses Tietz am Jungfernstieg in Hamburg ein Bombenattentat verübt. Die Bombe war in der Herrntoilette des Erfrischungsraumes im zweiten Stock des Warenhauses niedergelegt und zur Explosion gebracht worden. Die Wirkung war ausserordentlich. Sämtliche Glasscheiben im Treppenhause wurden zertrümmert. Die Türen zu dem Erfrischungsraum wurden aus den Fugen gerissen und die Holzstücke mit grosser Wucht an die Decke geschleudert. Menschen kamen nicht zu Schaden. Unter den Gästen des Erfrischungsraumes entstand eine Panik.

SPD. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete beabsichtigt den von der Regierung Müller mit einigem Nachdruck beurlaubten Staatssekretär Dr. Schmidt - genannt Schweineschmidt - in das Ministerium für die besetzten Gebiete zurückzuberufen.

Schmidt wurde seinerzeit gegangen weil er als volksparteilicher Abgeordneter trotz seiner amtlichen Eigenschaft als Staatssekretär gegen ein für die Regierung Müller eingebrachtes Masstrauensvotum stimmte. Wenn der Stahlhelmann Treviranus den Stahlhelmann Schmidt jetzt in sein früheres Amt wieder einsetzen will, so bedeutet das nichts anderes, als dass der Minister für die besetzten Gebiete die Rebellion eines hohen Beamten gegen seine eigene Regierung als berechtigt anerkennt und sich praktisch mit ihr solidarisiert. Auch das zeigt, wohin die Regierung des Herrn Brüning steuert und welchen Kurs massgebende Kabinettsmitglieder entgegen den Erklärungen des Reichskanzlers Brüning beabsichtigen. Der Geist des Stahlhelms geht in der Wilhelmsstrasse bereits um und dieser Geist ist identisch mit dem des Bürgerblocks!

SPD. London, 2. April (Eig. Drahtb.)

Ein bedeutungsvoller Blick auf die Vorgänge hinter den Kulissen der Vorkriegsdiplomatie wird in einem Buche geworfen, das der bis vor kurzem als Diplomat in Berlin tätige Journalist Harold Nicholson über das Leben seines Vaters, Lord Carnock geschrieben hat. Lord Carnock war als früherer britischer Botschafter in der kritischen Periode vor Ausbruch des Krieges Staatssekretär im Aussenamt und hatte in dieser Eigenschaft einen einzigartigen Einblick in die Geheimnisse der Entente-Diplomatie.

Die bemerkenswertesten Dokumente, die das Buch enthält, stammen aus dem Jahre 1913 und scheinen zu beweisen, dass England und Frankreich ernstlich dardachten, die Neutralität Belgiens zu verletzen. "Wir und Frankreich", so schrieb Lord Carnock an den britischen Gesandten in Brüssel, "können unter Umständen gezwungen sein, Truppen nach Belgien zu senden, um einem Vorstoss deutscher Truppen von der anderen Seite zu begegnen." Aus der Antwort des britischen Gesandten in Belgien geht hervor, dass ein solcher Schritt bereits lange in Erwägung gezogen wurde, ehe die Deutschen in Belgien einmarschiert sind.

SPD. Der Zentrumsabgeordnete Esser hat am Mittwoch in Erwiderung auf die Rede des Abg. Breitscheid im Reichstag die Vorwürfe gegen das Zentrum mit der Behauptung abzuwehren versucht, die Sozialdemokratie habe sich am 9. März gegen den Vorschlag der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Diese Behauptung ist unrichtig. In den Parteiführerbesprechungen vom 8. und 9. März sind lediglich von der Deutschen Volkspartei die stärksten Einwände gegen den Regierungsvorschlag erhoben worden. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht durch Beitragserhöhung, sie müsse durch Abbau der Leistungen erfolgen, das war und ist der Standpunkt der Deutschen Volkspartei.

Wie falsch die Behauptung des Abg. Esser ist, lässt sich auch durch andere Tatsachen erhärten. In dem Bericht des "Vorwärts" über die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 5. März über das Regierungsprogramm wurde mitgeteilt:

"Ziemlich allgemein war die Genugtuung darüber, dass der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung zunächst abgeschlagen ist. Von diesem einen Punkt abgesehen überwog die kritische Stimmung."

In einem Artikel des "Sozialdemokratischen Pressediensts" vom 5. März heisst es :

"Der erste Eindruck ist, dass die sozialdemokratischen Reichsminister in der Verteidigung der Arbeitslosenversicherung einen beachtlichen Erfolg erzielt haben. Der Leistungsabbau, den die Deutsche Volkspartei sich zum Ziel gesetzt hatte, ist vermieden. Die Beitragserhöhung, die ebenfalls immer auf ihren heftigsten Widerstand gestossen ist, wird - wenn auch auf etwas verschlungenen Wegen - beschlossen werden."

Schliesslich kann auch noch darauf verwiesen werden, dass in den Besprechungen der Weimarer Parteien die Arbeitslosenversicherung überhaupt nicht erörtert wurde, weil sowohl die Sozialdemokratie als auch das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokratenden Vorschlag der Reichsregierung billigten. Die Behauptung, die Sozialdemokratie habe wenigstens im ersten Stadium der Verhandlungen den Vorschlag der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung abgelehnt, ist also durchaus unrichtig.

Umso begründeter aber ist der Vorwurf gegen das Zentrum, dass seine Haltung entscheidend zur Verschärfung der politischen Situation beigetragen hat. Das erkennt man am besten, wenn man die Haltung des Zentrums im Jahre 1929 mit der Haltung im Jahre 1930 vergleicht. Bei dem grossen Kampf um die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1929 bestand der grosse Gegensatz ebenfalls zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei. Dieser Kampf, bei dem die

Deutsche Volkspartei für den Abbau der Leistungen eintrat, ist schliesslich mit einem Ergebnis beendet worden, das die Zustimmung der Sozialdemokratie, aber nicht die der Deutschen Volkspartei fand. Das wurde erzielt, weil das Zentrum an die Seite der Sozialdemokratie trat.

Diesmal aber hat das Zentrum sich an die Seite der Deutschen Volkspartei gestellt, Obwohl Dr. Brüning es immer als das erste Erfordernis bezeichnet hat dass die Regierung führe und die Parteien ihrer Führung folgen, hat das Zentrum schliesslich unter seinem Einfluss die Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung im Stich gelassen und ein Kompromiss gemacht, das zwar den Wünschen der Deutschen Volkspartei weit entgegenkam, aber für die Sozialdemokratie unannehmbar wurde. Diese Schwenkung des Zentrums ist eine der wesentlichsten Ursachen für die politische Zuspitzung.

SPD. London, 2. April (Eig. Drahtb.)

Das Parlament des irischen Freistaates wählte am Mittwoch William Cosgrave mit einer erheblichen Mehrheit wiederum zum Ministerpräsidenten. Die beiden anderen Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft waren der zurzeit in Amerika befindliche Führer der nationalistischen Republikaner de Valera und der Führer der irischen Arbeiterpartei O'Connell.

SPD. Der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther hat am Mittwoch die Amtsgeschäfte übernommen.

SPD. Die deutschnationale Reichstagsfraktion weiss immer noch nicht, ob sie für oder gegen das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie stimmen soll. Sie hat auch am Mittwoch stundenlang beraten ohne zu einer Entscheidung zu kommen und soll beabsichtigen am Donnerstag der Entscheidung im Reichstag durch einen Antrag auf Vertagung der Abstimmung nochmals aus dem Wege zu gehen.

Der Vorstand des Reichslandbundes ist in seiner grossen Mehrheit für die Regierung - gegen Hugenberg und den Vorstand der deutschnationalen Partei.

SPD. London, 2. April (Eig. Drahtb.)

Infolge eines Abkommens zwischen Lloyd Georges und MacDonalld, dessen Inhalt der Öffentlichkeit noch vorenthalten wird, vollzieht sich die dritte parlamentarische Lesung der Kohlengesetzgebung der Regierung ohne jede Verzögerung durch die Opposition. Die Regierung vermochte auch am Mittwoch bei der Abstimmung über einen konservativen Verbesserungsantrag eine erhebliche Mehrheit, und zwar diesmal von 105 Stimmen zu erzielen.

SPD. Der Preussische Staatsrat lehnte am Mittwoch den von der volkspartei-lich-deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft gegen das Gesetz über die Regelung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1930 beantragten Einspruch mit 38 gegen 29 Stimmen ab. 8 Staatsratsmitglieder enthielten sich der Stimme. Das Gesetz sieht u.a. die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe vor.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 2. April (Eig. Bericht)

Der Reichskanzler aus der Zentrumspartei hat mit dem Artikel 48, mit der Verhängung des Ausnahmezustandes gedroht. Die Sozialdemokratie hat ihm am Mittwoch durch ihren Fraktionsführer Breitscheid in einer grossen Parlamentsrede sagen lassen, dass die Anwendung des Artikels 48 einen glatten Verfassungsbruch bedeuten würde. Mehr noch. Die stärkste Partei im Reichstags und im Volke hat dem Reichskanzler in derselben Rede erklärt: "Verlässt die Regierung den verfassungsmässigen Boden, so kann sie von uns nicht verlangen, dass wir auf dem Boden der Verfassung bleiben." Unabsehbare Entwicklungen tun sich auf, wenn der Zentrumskanzler von den Abenteurern innerhalb und ausserhalb seines Kabinetts, Treviranus voran, sich verleiten lässt, vom Boden der Verfassung abzuweichen. Das Parlament des Seekadetten - so nannte Breitscheid in seiner glänzenden Rede diese Draufgängerei des Kapitänleutnants im Ministeramte. Es wurde kein Widerspruch gegen diese Bezeichnung laut. Von den Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei fühlt man die Gefahr für die ruhige Entwicklung, die die Stunde in sich birgt. Schonung für diese Regierung gibt es bei der Sozialdemokratie nicht. Breitscheid kündigte die sachliche, aber scharfe Opposition an. Mit allen Konsequenzen. Neuwahlen schrecken uns nicht. Wir weichen dem Kampf nicht aus. Ein demonstrativer Beifallssturm der sozialdemokratischen Fraktion unterstrich die Kampfansage des Führers.

Esser vom Zentrum hatte nur eine formulierte Erklärung mit auf die Tribüne gebracht. Breitscheids Rede aber liess ihn erkennen, dass es Ernst wird. Herr Esser gab daher noch Erläuterungen, noch Ergänzungen. Das Zentrum wolle keinen allgemeinen Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung. Es werde keine soziale Reaktion unter Brüning geben. Wenn wir das glauben sollen, dann erhebt sich die Frage, warum das Zentrum sich von uns statt von der Volkspartei getrennt hat. Die Volkspartei will den allgemeinen Abbau und sie hoffen ihn mit Hilfe des Zentrums zu erreichen. Das ist die Situation. Die Sozialdemokratie ist aus der Koalition entlassen worden, weil ihr Widerstand gegen sozialen Rückschritt und gegen die Steuerscheu der Besitzenden nicht zu brechen war.

Der Volksparteiler Dr. Scholz im Bewusstsein seiner Kraft hinter den Kulissen beschränkte sich auf der Parlamentstribüne auf wenige Worte. Er verlangte die sofortige Vorlage der Sauierungsgesetze und liess auch keinen Zweifel, dass die Volkspartei mit dem, was sie bei der Arbeitslosenversicherung Missstände nennt, aufräumen will. Dann brüllte der Kommunist Pieck eine Stunde lang, während die Abgeordneten aller Parteien sich zum Mittagessen zurückzogen. Nie erlebt man, dass eine kommunistische Rede irgendwelche Beachtung im Reichstag erweckt. Das ewige Herleiern derselben Worte verdient auch kein Anhören. Aufmerksam aber wurde es, als die neue Regierungspartei, die Volkskonservativen durch Schlange-Schöningen sich vorstellt. Man merkte, wie Recht Herr Brüning hatte, als er sagte, sein Kabinett sei koalitionsmässig nicht gebunden. Das war alles andere, als eine Koalitionsrede. Mit grosser Dreistigkeit, die schon an Frechheit grenzte, machte Schlange die Politik der bisherigen Regierung, zu der doch auch drei der jetzigen Regierungsparteien gehören, herunter. Er nannte die Regierung Müller das Kabinett der verpassten Gelegenheit. Er sprach von einem Rekordministerium der Arbeitslosigkeit. Er sagte spöttehend, das Kabinett habe erhebliche personelle Schönheitsfehler und blickte auf Dr. Curtius und Dr. Wirth, als er meinte, seine Partei wünsche diesen und jenen Herrn nicht auf der Ministerbank, sondern im Parkett der Abgeordneten zu sehen. Noch schöner wurde es, als Schlange-Schöningen erklärte, sie ständen zur Aussenpolitik genau so wie bisher. Also ist der Reichsminister der besetzten Gebiete, Dr. Treviranus, nach wie vor für eine Aussenpolitik, die eine Verlängerung der Besetzung bedeuten würde. Dagegen feierte Schlange-Schöningen die Agrarpolitik der neuen Regierung. Zum ersten Male sei die Agrarfrage zum Kernstück eines Regie-

rungsprogramms geworden. Der volkshonservative Reaner schwang geradezu die schwarze Fahne der Bauernrebellion über seinem Kabinett. Er liess keinen Zweifel darüber, dass dieses Kabinett eine hochagrarisches, städtefeindliche Politik machen muss, wenn es von der Unterstützung der Volkshonservativen leben will. Schliesslich rühmte Schlange-Schöningen die Regierung als die Regierung starker Persönlichkeiten gegen die übermässige Demokratie. Im Zentrum und bei den Demokraten war man während dieser weniger volkshonservativen als recht hochkonservativen Rede sichtbar unruhig und nervös. Man darf sich auf manche Schwierigkeiten innerhalb der Regierung noch gefasst machen.

Auf Schlange-Schöningen folgte der Bayerische Bauernbündler Fehr, der an die Regierung eine Absage richtete, falls sie es wagen sollte, die Biersteuer einzubringen. Dafür verlangte er einen radikalen Abbau der Arbeitslosenversicherung und schwelgte geradezu in Herabwürdigung der Arbeitsmoral des Proletariats. Nebenbei verlangte er eine Abdrosselung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Waren. Der Wirtschaftsparteiler Bäckermeister Drewitz hielt eine Rede für den Schutz der christlichen Familie, meinte aber selbstverständlich nur den Abbau von Steuern, was ja der einzige wirkliche Programmpunkt dieser Partei ist. Dem neuen Minister der Wirtschaftspartei Dr. Bredt war übrigens während dieser Sitzung schon ein schwerer Unfall passiert. Dr. Breitscheid war boshaft genug, ein Stück aus einer Rede vorzulesen, die Dr. Bredt vor wenigen Tagen als Abgeordneter im Hause gehalten hat. Damit verbat er sich von der Regierung, mit leeren Versprechungen über Steuersenkung zu kommen. Das sei Schwindel, an den niemand im Volke mehr glaube. Jetzt sitzt derselbe Dr. Bredt auf der Regierungsbank und ist verantwortlich für eine Regierungserklärung, die dasselbe enthält, was er soeben noch als Abgeordneter für Schwindel erklärt hat.

Während der ganzen Sitzung waren die Bänke der Deutschnationalen vollkommen leer. In deren Fraktionszimmer spielten sich stundenlang schwere Kämpfe zwischen Hugenberg und grossen Teilen seiner Fraktion ab. Der Ausgang dieser Kämpfe wird zugleich das Schicksal der Regierung Brüning entscheiden. Dieses Reichskabinett kann sich nur halten, wenn Graf Westarp und Schiele als Verbündete über Hugenberg siegen. Damit wäre zugleich Brüning zum Führer eines echten und runden Bürgerblocks geworden. - Gegen 4 Uhr schon wurde die Sitzung abgebrochen und auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

SPD. Paris, 2. April (Eig. Drahtb.)

Die Regierungserklärung des Kabinetts Brüning hat in der französischen Presse kaum Beachtung und insofern nur ein schwaches Echo gefunden. Der "Paris Midi" stellt fest, dass die Erklärung "keinen besonderen Eindruck auf die politischen Kreise gemacht" habe, während der "Temps" die Vagheit und Unbestimmtheit des grössten Teils der Erklärung unterstreicht und hinzufügt, diese Taktik solle offenbar das Ziel haben, den Deutschnationalen den Anschluss an die neue Regierung zu erleichtern.

SPD. Saarbrücken, 2. April (Eig. Drahtb.)

Die französische Bergwerksdirektion des Saargebietes hat dem Bergarbeiterverband mitgeteilt, dass sie beabsichtigt 1400 Bergarbeiter zu entlassen. In Übereinstimmung mit der Regierungskommission des Saargebietes sollen hauptsächlich Arbeiter aus den Saar-Grenzgebieten entlassen werden, also aus den Gebieten, die ausserhalb des heutigen politischen Saargebietes liegen, die aber ein starkes Kontingent der saarländischen Bergarbeiter stellen. Damit wird zugleich versucht einen Druck auf den Abbau der deutschen Saargänger-Unterstützung auszuüben.

Der Verband der Bergbau-Industriearbeiter hat gegen die Absicht der französischen Bergwerksdirektion scharfsten Protest erhoben und bezeichnet ihn als Verletzung der Abmachungen, die zwischen dem Verband und der französischen Bergwerksdirektion hinsichtlich der Belegschaftsziffer getroffen worden sind.

Aus aller Welt

8000 Meter Lappland.

Mit einer Filmexpedition durch die Heimat der Rentiere.

SPD. Dieser Tage kehrte Paul Lieberenz aus Lappland zurück. Paul Lieberenz, dessen Namen die wenigsten kennen werden, da er zu jenen gehört, die ihre bedeutende Leistung im Schatten berühmter Männer vollbringen, begleitete als Filmoperateur Schomburgh schon auf dessen ersten Expeditionen durch Sibirien, reiste kreuz und quer durchs Mittelmeer, lebte monatelang allein im westafrikanischen Busch, fuhr mit Lutz Heck, dem Sohn des Berliner Zoodirektors, nach Abessinien, mit Sven Hedin "durch Asiens Wüsten" - nun bringt er 8000 Meter Film und 300 Photos bei einer durchschnittlichen Tagesleistung von 135 Metern Film und fünf Photos aus Lappland mit. Er ist ein Filmmädchen für Alles und interpretiert seinen Beruf auch selbst so: "Unterwegs bin ich Kuli, Hilfskuli, Operateur, Regisseur und Kopieranstalt; immer mit dem Filmapparat auf dem Buckel."

Lieberenz, durch den wir nun den ersten umfangreichen Lapplandfilm zu sehen bekommen, erzählt: "Welch' strenger Winter! Oft musste ich Aufnahmen machen bei 45 Grad unter Null - mein asiatischer Kälterekord stand bei 25 Grad. Das klappte nur, wenn der Apparat ständig mit Benzin und Petroleum ausgewaschen wurde. Mit meiner dicken Pelzbekleidung auf den Fingern konnte ich nicht die Filmrolle einlegen - die nackten Finger aber wurden in wenigen Sekunden steif, und der einfache Vorgang des Einspannens, der sonst in 30 Sekunden erledigt ist, erforderte nun, mit den ständigen Pausen für Erwärmung, 30 Minuten. Die äussere Schicht des Filmpacks aber sprang wie Glas, vor Frost erstarrt. So durchfroren war der Boden, und der Schnee lag so hoch, dass die Rentiere nicht mehr das dürftige Moos ausscharren konnten, das sie zur Nahrung brauchen. Hunderte von ganzen Rentierherden verhungerten, in manchen Gebieten waren die Schneefelder übersät mit Tausenden verendeter Tiere, in meinem Film wird es zu sehen sein. Moosklumpen, von wirtschaftlichen Lappen in weisser Voraussicht gesammelt, stiegen hoch im Kurs, bis zu 20 Pfennig für ein Stück, aber sie reichten nicht. So verloren in diesem Katastrophenwinter viele Lappen ihr ganzes Vermögen: das vierbeinige Kapital."

"Denn das Rentier ist dem Lappen alles: Nahrung und milchspendende Kuh, Zugtier und Bekleidungsproduzent. Dieses Kapital braucht fast garnichts zum Unterhalt und vermehrt sich um jährlich 40 Prozent. Und noch das tote Rentier findet Verwendung: der Pulk, ein kahnähnlicher Schlitten, der mit sausender Schnelle dahingleiten kann, wird aus Rentierfellen gebunden und - wie auch die Schuhe des Lappen - mit Rentiersehnen genäht. Reisen in diesem Gefährt enden programmässig, wenn man auf dem Gipfel der Geschwindigkeit herausgeschleudert wird - und den Rest der Fahrt auf dem Hinterteil rutschend zurücklegt. Auch hier bewährt sich die Kleidung aus dem Fell des Universal-tieres. Ich lernte einen Lappen kennen - einen reichen noch dazu, Besitzer von 2000 Rentieren-, der seine Rentierfell-Hose zehn Jahre lang nicht ausgezogen hätte. Was sowohl ein Beweis ist für die Güte des Felles als auch für die "Saubereit" der Lappen, denen das Waschen unbekannt ist. Übrigens haben es die Kinder dort noch in anderer Beziehung gut: sie brauchen nur zwei Monate im Jahr zur Schule zu gehen."

"Erste Folge dieser allgemeinen Unbildung: unüberwindliche Gleichgültigkeit gegenüber jedem Versuch, den Lebensstandard zu bessern. Mustergüter, die von der norwegischen Regierung bei Vardoe angelegt wurden, werden glatt boykottiert. Zweite Folge: ein Aberglaube, wie er selbst bei Balkanzigeunern nicht schlimmer ist. In Karaschoh sah ich einen Mann, krank auf Leben und Tod, in seinem Zelt. Die Angehörigen hatten sich um ihn versammelt - weniger, um sich um ihn zu kümmern, als um einen grossen Kaffeeklatsch abzuhalten. Am nächsten Tage warfen sie ihn auf den Hof, damit er dort krepriere. Alles das, obwohl ein approbierter Arzt am selben Orte wohnt.

"Apropos Kaffeeklatsch: der Kaffee ist des Lappen Lieblingstrank, den trinkt er täglich literweise - und zwar gesalzen, wie ich das schon aus Abessinien kannte. Kaffee wird mehr eingeführt als z.B. Mehl - obwohl Alkohol trotz Prohibition reichlich zu haben wäre.

"An solchem und ähnlichem Import verdient hauptsächlich der schwedische Lappe, zu dem von Süden her bessere Verbindungen führen als zu dem norwegischen oder finnischen Lappen. Die schwedischen Lappen sind deshalb auch reicher, ich traf hier Renttierherden bis zu 7000 Stück. Überwältigender Anblick, als diese Herden im Frühjahr dem Meer entgezogen. Alte, schon Instinkt gewordene Erfahrung lehrt die Tiere, giftig-plagenden Fliegen auszuweichen, die zur Sommerzeit das Binnenland durchschwärmen. Unaufhaltsam drängen sie der Küste zu, mächtige Züge. Und die Besitzer müssen ihnen folgen, sind Nomaden aus Zwang.

"Von nomadenhafter robuster Natur ist auch die lappländische Frau. Ich sah, wie sie junge Kälber mit einer Gemütsruhe abstachen, mit der man bei uns Kartoffelpuffer umdreht. Dabei hübsche Gesichter, auch unter den älteren Frauen. Und geschäftstüchtig: kaum merkten sie, was meine Absicht war, gründeten sie einen Verband - und forderten plötzlich überall für jede Filmaufnahme bestimmte Tarife.

"Und damit sind wir beim Geld angelangt. Ich habe neue teure Pläne: Expeditionsfilm mit fahrenden Tonfilmgeräten. Meine Geldleute werden mich nicht im Stiche lassen, und wenn alles klappt, werde ich mein nächstes Ziel, Ostafrika, gerade noch zur Regenzeit erreichen."

+ + +
Hungersnot in der Osttürkei. Im türkischen Nordosten ist eine schwere Hungersnot ausgebrochen, deren Ursache die Missernte des vergangenen Sommers ist. Die in Kerassund erscheinenden Provinzblätter berichten erschütternde Einzelheiten aus dem Hungergebiet, in dem unter der völlig unterernährten Landbevölkerung der Tod bereits zahlreiche Opfer gefordert hat.

+ + +
Doppelmord in Rotterdam. Im Krankenhaus des Holländischen Lloyd in Rotterdam entstand zwischen einigen Javanern ein Streit, in dessen Verlauf ein maduresischer Diener zwei andere javanische Diener mit Messerstichen in der Brust tödlich verletzte.

+ + +
Nackttanz im Orientexpress. Als der Orientexpress dieser Tage die Strecke von Basel nach Zürich durchfuhr, entledigte sich eine elegante Dame, Passagierin der zweiten Wagenklasse, zum Erstaunen ihrer Mitreisenden plötzlich aller ihrer Kleidungsstücke, öffnete das Fenster, warf ihre Kleider und Wäsche hinaus und wollte schliesslich auch noch ihren Koffer diesen etwas ungewöhnlichen Weg nehmen lassen. Nachdem die nicht wenig verdutzten Mitreisenden gemerkt hatten, dass die Dame in einem plötzlichen Anfall von Irrsinn handelte, wurde ein Schaffner herbeigerufen, der die kranke Nackte trotz ihres Widerstrebens mit Wolldecken umwickelte und in Basel die Überführung in eine Nervenklinik veranlasste.

+ + +

Staatsanwalt Müller in der Klemme. Die Mittwoch-Sitzung des Neustrelitzer Jakobowski-Gerichts war mit der Vernehmung des ehemaligen Staatsminister Hustädt und mit den ersten Zeugenaussagen des ersten Jakobowski-Staatsanwaltes, Dr. Müller, ausgefüllt. Dr. Hustädt wird in seinen Ausführungen zeitweise so aggressiv, dass er von Oberstaatsanwalt Dr. Weber zur Ordnung gerufen werden muss. Er deckt in allem und jedem den Oberstaatsanwalt Dr. Müller. Von Rechtsanwalt Brandt gefragt, ob er pflichtgemäss alles getan habe, um seinem Ministerkollegen Schwabe Kenntnis von dem letzten Knadenantrag des Verteidigers Koch zu geben, antwortet er, dass er Herrn Schwabe an dem fraglichen Tag nicht habe erreichen können und im übrigen für ihn keine Veranlassung bestanden habe, aufgrund des Gnadenantrages seine Haltung zu ändern. Im übrigen protestiert Hustädt gegen die Haltung der Presse, die ihn nicht als Zeugen, sondern als Schuldigen behandle. Inbezug auf den Strafantrag der "Liga für Menschenrechte" gegen Oberstaatsanwalt Müller erklärt er: "Ich finde es unerhört und frivol, wenn die Liga für Menschenrechte im Dienst ergraute Männer derart in den Schmutz ziehen darf! Das höchste Gut des Menschen ist seine Ehre!" - worauf Rechtsanwalt Brandt repliziert: "Sie scheinen Ihre eigene Ehre höher einzuschätzen als das Leben Jakobowskis, Herr Zeuge!" Der Zeuge Müller wird durch Rechtsanwalt Brandt ziemlich in die Enge getrieben, indem dieser ihm die anweisungswidrige vorzeitige Haftentlassung des August Nogens und des Blöcker vorhält. Müller bestreitet fernerhin, dass er gegen Regierungsrat Stolting, der die späteren Ermittlungen in der Jakobowski-Angelegenheit führte, ein Strafverfahren eingeleitet habe; er muss sich aber vom Nebenkläger eines besseren belehren lassen. Bei der weiteren Vernehmung über diesen Punkt verwickelt sich Müller in Widersprüche. Dann spricht Rechtsanwalt Brandt von dem Gnadenbericht Müllers, in dem Müller dem Staatsministerium den dringenden Rat gibt, die Hinrichtung recht bald zu vollstrecken, da er davon überzeugt sei, dass Jakobowski nicht nur den kleinen Ewald ermordet habe, sondern auch noch das zweite Kind ermordet haben würde, wenn man ihn nicht rechtzeitig verhaftet hätte. Rechtsanwalt Brandt fragte den Zeugen, wie er zu dieser ungeheuerlichen Verdächtigung gekommen sei. Müller schweigt...

+ + +

Freitod oder Gasunglück? Eine schwere Leuchtgasexplosion ereignete sich in der Siedlung des Spar- und Bauvereins in Felber (Ruhrgebiet). Als der Arbeiter Schlechtendahl seine Wohnung betrat, spürte er einen starken Gasgeruch. Er öffnete das Fenster. Im selben Augenblick erfolgte eine heftige Explosion, durch die das Haus ziemlich zertrümmert und das Dachgeschoss auf die Strasse geschleudert wurde. Tot auf einem Sofa liegend fand man die 30jährige Frau Schlechtendahl. Als Todesursache konstatierte ein herbeigerufener Arzt Gasvergiftung. Es wird untersucht, ob Frau Schlechtendahl sich das Leben freiwillig nahm, oder ob sie das Opfer eines Unfalles wurde.

+ + +

Ein schusslustiger Einbrecher. Am Mittwoch nachmittag wurde auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof ein Mann festgenommen, der im Verdacht steht, in letzter Zeit verschiedene Einbrüche verübt zu haben. Vor seiner Einlieferung in die Bahnhofswache riss er sich los und flüchtete. Auf dem Friedrich Ebertplatz schoss er auf den ihn verfolgenden Polizeibeamten, den er schwer verletzte. Auch ein Dreher und ein Händler aus dem Publikum, die ihn verfolgten, wurden niedergestreckt. Erst nach einiger Zeit war es möglich, den Flüchtigen einzuholen, zu ergreifen und zu fesseln.

+ + +

Hundert Menschen ertrunken! In Akune in SüdJapan kenterte eine Fähre. Von ihren 300 Passagieren ertranken hundert. Offenbar war das Fahrzeug zu stark belastet.



Mängel im Schlichtungsverfahren.

Unbegründete "Begründungen".

SPD. Die Schlichtungsinstanzen, die auf Grund der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 in Tätigkeit traten, sind im Laufe der Zeit dazu übergegangen, ihren Schiedssprüchen bezw. Verbindlichkeitserklärungen Begründungen zu geben. Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht nicht. Die Begründungen sind eigentlich nur eine Privatangelegenheit des jeweiligen Vorsitzenden der Schlichtungsinstanz. Inhaltlich betrachtet, bedeuten sie in den meisten Fällen starke Zumutungen für die Arbeiterschaft. Sie haben sich zu einem Unfug ausgewachsen, mit dem endlich einmal aufgeräumt werden sollte.

Für den Rechtskundigen wie für den Laien ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Urteil und Begründung ein einheitliches Ganzes darstellen. Überall, wo auf Grund eines Urteils eine Begründung gegeben werden muss, sind Urteil und Begründung am Schluss von den an der Rechtsfindung beteiligten Richtern unterschrieben. Im Schlichtungsverfahren ist es anders. Hier kann der Schiedsspruch nach der neuesten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts nur mit Stimmenmehrheit gefällt werden. Schiedssprüche, die mit der Stimme des Vorsitzenden allein gefällt wurden, sind nach dieser Entscheidung rechtsunwirksam. Der Schiedsspruch, der mit Stimmenmehrheit zustande gekommen ist, muss vor seiner Verkündung niedergeschrieben und vom Vorsitzenden unterzeichnet sein. Der Vorsitzende lässt diesen Schiedsspruch von den Beisitzern, gleichviel ob diese für ihn oder gegen ihn stimmten, mitunterschreiben. Dieser so unterschriebene und zur Verkündung gelangte Schiedsspruch gilt nach aussen als unterschriftlich anerkanntes kollektives Produkt der tätig gewesenen Kammer. Nun kommt nach der Verkündung eines solchen Schiedsspruches der Vorsitzende der betreffenden Schlichtungsinstanz in vielen Fällen her und gibt, ohne die Beisitzer hinzuzuziehen, diesem Schiedsspruch eine Begründung, und Schiedsspruch und Begründung werden dann als einheitliches Ganzes den am Schlichtungsverfahren beteiligten Kreisen zugestellt.

Die Begründung des Vorsitzenden stellt nichts anderes als dessen rein subjektive Auffassung dar, wenn sie auch auf Grund des Verhandlungsergebnisses erfolgte. Nach aussen erscheint sie als eine Begründung der im Verfahren tätig gewesenen Kammer. In Wirklichkeit ist wohl der Schiedsspruch selbst mit Stimmenmehrheit gefällt worden, die Begründung dazu dagegen ist nur mit der Stimme des Vorsitzenden auf Grund seiner subjektiven Auffassung zustande gekommen. Ein unhaltbarer Zustand! Wenn nach der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts der Ein-Mann-Schiedsspruch ungültig ist, dann kann naturgemäss auch die Ein-Mann-Begründung keinen Anspruch auf Rechtsgültigkeit haben. Will der Vorsitzende, obwohl er gesetzlich dazu nicht verpflichtet ist, dem Schiedsspruch unter allen Umständen eine Begründung geben, dann muss diese von der in Frage kommenden Kammer gemeinsam abgefasst und von alleh Mitgliedern der Kammer unterschrieben werden.

Selbstverständlich wird eine solche Begründung ganz anders aussehen, als die, die die Vorsitzenden der einzelnen Schlichtungsinstanzen in der letzten Zeit gegeben haben. Wer die Begründungen liest, die bis zur Stunde von den

jeweiligen Vorsitzenden einer Schlichtungsinstanz gegeben wurden, hat oft den Eindruck, als ob darin jemand sein schlechtes Gewissen verbergen wolle. Eins aber stösst bei der Lektüre der Begründungen sofort auf: Die Beweisführung ist in den meisten Fällen mehr als dürftig. So heisst es z.B. in der Begründung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses Cottbus für die Niederlausitzer Textilindustrie vom 17. März ds. Js. u.a.: "Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Textilindustrie der Niederlausitzer und zwar sowohl die grossen Betriebe wie auch die mittleren und kleinen Betriebe sich in einer sehr ernstesten Krisis befinden." Hat die in Frage kommende Schlichtungsausschusskammer eine eingehende Prüfung der Wirtschaftslage der einzelnen Betriebe, die von dem Schlichtungsverfahren betroffen wurden, vorgenommen? Antwort: Nein. Der einzige Anhaltspunkt für die Cottbuser Begründung bestand in den Angaben der Arbeitgebervertreter. Angaben der einen oder anderen Partei sind aber doch noch keine Beweise. Sie sind höchstens Indizien. Die Beweisführung leidet schliesslich auch darunter, dass, wie die Praxis zeigt, von den Vorsitzenden die von den Arbeitnehmern angebotenen Beweise vielfach weniger respektiert wurden als die Behauptungen der Arbeitgeber.

Unter diesen Umständen wäre es im Interesse aller am Schlichtungsverfahren beteiligten Parteien zweckmässig, wenn künftig Begründungen von Schiedssprüchen durch die Vorsitzenden unterbleiben. Darüber hinaus ist eine Reform der Beweisführung im Schlichtungsverfahren notwendig. Bei den hier bisher geübten Verhandlungsmethoden kann es unmöglich bleiben, wie wir in einem besonderen Artikel darlegen wollen.

SPD. Die Münchener Ziegelverkaufsvereinigung möchte den Fall des Kommerzienrats Oelgrey, ihres früheren fristlos entlassenen Geschäftsführers, vertuschen. Die Meldungen, wonach Oelgrey bei 70 000 Mark Jahresgehalt noch über 400 000 Mark Gelder unterschlagen hat, sollen - so behauptet die Vereinigung - nicht den Tatsachen entsprechen. Die Vereinigung erklärt, richtig sei nur, dass das Dienstverhältnis mit Oelgrey gelöst worden sei. Unstimmigkeiten zwischen dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat hätten lediglich bezüglich der Höhe der Geldentnahme bestanden. Die Lösung des Dienstverhältnisses mit ihm habe die Entlassung von zwei Angestellten, die mit ihm verwandt seien, zur Folge gehabt. Sein Gehalt habe nicht annähernd 70 000 Mark betragen und der umstrittene Betrag mache noch lange nicht 400 000 Mark aus. In der ganzen Angelegenheit sei bereits eine vergleichsweise Erledigung erfolgt, die nur noch der Genehmigung der Generalversammlung bedürfe.

Die Ziegelverkaufsvereinigung geht wie die Katze um den heissen Brei herum. Wenn das ganze Direktionsbüro der Verkaufsvereinigung entlassen werden müsste, können die Verfehlungen Oelgreys, der doch eine ganz prominente Persönlichkeit in der Ziegelindustrie war, unmöglich Bagatellen sein. Warum teilt die Verkaufsvereinigung, wenn die Pressemeldungen ungenau waren, nicht die wirklichen Tatsachen und Vorgänge mit? Warum sagt sie nicht die richtigen Zahlen, wenn die gemeldeten falsch waren? Fürchtet sie vielleicht, dass dann noch andere prominente Vertreter der bayerischen Ziegelindustrie kompromittiert werden? Gibt es etwa noch mehr zu vertuschen?

Dass die Verfehlungen Oelgreys keineswegs so harmloser Natur waren, wie die Vereinigung glauben machen möchte, betont auch der "Baukurier" in einer Meldung aus München. Er meint allerdings, dass die Öffentlichkeit wohl kaum jemals den genauen Sachverhalt erfahre, weil ja von einer Strafanzeige abgesehen worden sei. Das Fachorgan "Ziegel und Zement" kritisiert in seiner Stellungnahme vor allem die Vetternwirtschaft bei der Verkaufsvereinigung. Nach den Mitteilungen des Blattes muss man zu der Auffassung kommen, dass nicht nur

in München, sondern auch bei anderen Verkaufsvereinigungen unverhältnis-
mässig hohe Gehälter gezahlt werden, dass auch da nicht immer alles ordnungs-
mässig zugeht, -

SPD. Glänzend wie das Frühlingswetter ist die Zuversicht der streikenden
Massschneider. Auch die Frühlingssonne - ein keineswegs zu verachtender Bundes-
genosse - kommt ihnen zu Hilfe. Ihre Partie steht gut, wie ohne jede Stimmungs-
mache festgestellt werden darf. Wenn die Arbeitgeber an verschiedenen Stellen
z.B. in Frankfurt, Hannover und in einigen anderen Plätzen dazu übergehen,
durch Gegenmassnahmen die Kampfbasis zu erweitern, so erweisen sie damit nur
sich selbst einen Bärenienst; denn die Zeit arbeitet im Konflikt der Beklei-
dungsindustrie, wie sich von Tag zu Tag deutlicher zeigt, für die Arbeitnehmer.
Sie können völlig kaltblütig der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen.

Die Arbeitgeber fühlen sich unsicher. Sie haben beim Reichsarbeitsmini-
sterium die Verbindlichkeitserklärung des Braunschweiger Schiedsspruchs bean-
tragt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien zunächst zu einer unver-
bindlichen Aussprache über den Verbindlichkeitsantrag eingeladen, die am kom-
menden Montag stattfinden soll.

Die Arbeitgeber der Bekleidungsindustrie haben also noch reichlich Zeit,
über den grossen Fehler, den sie mit ihrer scharf ablehnenden Haltung bei den
Verhandlungen in Braunschweig begangen haben, gründlich nachzudenken. Anschein-
end wollte das Reichsarbeitsministerium den Arbeitgebern möglichst viel Zeit
zu einer gründlichen Gewissenserforschung lassen, und daher hat es wohl den
Termin für die Aussprache erst auf den kommenden Montag amberaumt. Den Arbeit-
gebern ist damit eine letzte Möglichkeit gegeben, sich die Sache noch einmal
gründlich zu überlegen, bevor sie sich durch scharfe Aussperrungsmassnahmen
völlig in eine Sackgasse verrennen, aus der sie nur mit einem starken Presti-
geverlust und scharfen materiellen Verlusten wieder herauskommen können.

SPD. Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau hatten auf 194 Schachtanlagen
folgendes Ergebnis: Freie Gewerkschaften 126 349 Stimmen, 890 Mandate, Christen
75 905 Stimmen 509 Mandate., Hirsch-Dunker 3 433 Stimmen 7 Mandate, Polen 294
Stimmen 2 Mandate, Kommunisten 65 863 Stimmen 402 Mandate, Syndikalisten 4 713
Stimmen 28 Mandate, Gelbe 8 855 Stimmen 28 Mandate, Sonstige 2 641 Stimmen, 7
Mandate. Es stehen nur noch 8 Schachtanlagen aus.

SPD. Bei den Betriebsrätewahlen im mitteldeutschen Bergbau erhielten die
Freien Gewerkschaften in 62 Betrieben mit rund 21 000 Mann Belegschaft 305,
die kommunistische Opposition 14, die Christen 5, Gelben 25 Mandate. Das Er-
gebnis zeigt, was von den Siegesmeldungen der Kommunistischen Presse zu halten
ist. Den Nutzen aus der kommunistischen Zersplitterungsarbeit ziehen nur die
Gelben.



Reaktionäre Agrarpolitik.

SPD. Unter der Regierung Hermann Müller sind in die deutsche Agrarpolitik, insbesondere von der Sozialdemokratie, zahlreiche neue und gute Ideen hineingetragen worden.

Die alte starre Zollpolitik konnte die Preisschwankungen nicht im geringsten vermindern. Sie belastete zeitweise die Verbraucherschaft schwer, ohne der Landwirtschaft zu nutzen. Sie konnte die gefürchteten Katastrophenpreise für Agrarprodukte nicht verhindern. Gegen diese starre Zollpolitik hat sich die von der Sozialdemokratie vertretene Idee der Preisstabilisierung, des Schutzes der Verbraucher von einer Überhöhung und des Schutzes der Erzeuger von einer allzutiefen Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise siegreich durchgesetzt.

Von der neuen Regierung, in der der Landbundführer Schiele die Agrarpolitik weitgehend bestimmen wird, können wir eine Fortführung des bisherigen Kurses in der Agrarpolitik nicht erwarten. Wir müssen vielmehr darauf gefasst sein, dass Schiele alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel benutzen wird, um die reaktionären Wünsche des Landbundes und der ostelbischen Grossagrarien in der Agrarpolitik zu verwirklichen. In Erwartung solcher Massnahmen hat auch bereits an allen deutschen Börsen eine ausserordentlich starke Getreidehausse eingesetzt.

In erster Linie gehen die Pläne Schieles darauf aus, die Roggenpreise, die noch vor kurzer Zeit bei 140 Mark pro Tonne lagen, jetzt aber bereits 160 Mark überschritten haben, auf mindestens 230 Mark hinaufzutreiben. Rücksichten auf die Ernährung der städtischen Bevölkerung oder vernünftige produktionsfördernde agrarpolitische Erwägungen sind dabei von Herrn Schiele, der uns aus seiner früheren Amtsperiode noch genügend als Minister zur Ernährung der Landwirtschaft bekannt ist, nicht zu erwarten. Schiele wird wahrscheinlich nicht nur versuchen, die bereits überaus hohen Zölle für sämtliche Getreidearten noch weiter zu erhöhen, sondern auch die Exportprämien (Einfuhrscheine) so zu steigern, dass alle bei den hohen Preisen in Deutschland nicht absetzbaren Getreideüberschüsse ins Ausland abgedrückt werden können, ganz gleich, ob bei dieser Verschleuderung 50 oder 100 Millionen Verlust für den deutschen Steuerzahler entstehen und dem ausländischen Viehmäster auf Reichskosten die Futtermittel fast geschenkt werden.

Schiele kündigt zwar in der "Deutschen Tageszeitung" eine Fortsetzung der Preisstabilisierungspolitik an. Sein Programm "erstrebt für den Erzeuger auskömmliche Durchschnittspreise und schützt den Verbraucher vor Preisübersteigerungen". Schiele wird mit diesem Lockmittel der Preisstabilisierung, wie er sie meint, keinen Verbraucher fangen, denn seine Preisstabilisierung ist eine Stabilisierung auf einen unerhört hohen und die Lebenshaltung der städtischen Massen aufs schwerste bedrohenden Preisstand. Stabilisierung ist bei ihm gleichbedeutend mit Preistreiberei. Auch die Verbeugungen, die Schiele in der Öffentlichkeit vor der von der Sozialdemokratie vertretenen Idee des Getreidemonopols und der Gleitzölle macht, sind nicht anders aufzufassen.

Dass der Landbundminister Schiele sein grossagrarisches Herz gegenüber den deutschen Bauern nicht offen zeigen darf und deshalb, um den Bauern den Mund zu stopfen, auch Massnahmen zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaft fördern muss, ist selbstverständlich. So plant Schiele Massnahmen, um die Schwei-

nepreise auf dem ausserordentlich hohen Stand von 75 Mark je Zentner Lebendgewicht zu halten, teilweise durch Zollerhöhung, dann aber ebenfalls durch Exportprämien. Selbst wenn dieser Plan durchzuführen ist, was wir bei der stark steigenden Schweineproduktion in Deutschland bezweifeln, wird er für die bäuerliche Landwirtschaft nicht den geringsten Vorteil bringen, nicht einmal den durch die Getreidepreistreiberei entstandenen Schaden wieder gut machen, weil ja nach dem Wunsch der ostelbischen Grossagrarien die Getreide- und Futtermittelpreise wesentlich stärker gesteigert werden sollen als die Schweinepreise.

Die Futtermittel kaufende Landwirtschaft wird daher in Zukunft mit zur Sanierung des heruntergewirtschafteten ostelbischen Grossgrundbesitzes beitragen müssen. In dieser Richtung liegt der durch Schieles Personalpolitik bereits eingeleitete Missbrauch des neu geschaffenen Maismonopols, in das nach Schieles Plänen nur zuverlässige Landbundführer und Handelsvertreter gesetzt werden sollen, und das praktisch wie ein Maiseinfuhrverbot benutzt werden soll, bis der Roggenpreis 230 Mark pro Tonne beträgt. In dieser Richtung liegt ferner, dass zwar der 10 Mark-Zoll für Futtergerste bereits in Kraft getreten ist, nicht aber der 2 Mark-Zoll für diejenigen Landwirte, die neben 2 Doppelzentnern Futtergerste 1 dz deutschen Roggens mitverfüttern wollen.

Die bäuerliche Landwirtschaft wird um so stärker durch das grossagrarische Programm Schieles getroffen, als selbstverständlich die Kaufkraft der städtischen Verbraucherschaft beschränkt ist; jede Preissteigerung für die notwendigsten Nahrungsmittel wie Brot und Kartoffeln muss daher eine Einschränkung des Verbrauchs von Edelerzeugnissen wie Butter, Eier, Fleisch usw. zur Folge haben und die Absatzmöglichkeiten der bäuerlichen Landwirtschaft einengen.

Die Hauptbelastung aus der Sanierung der ostelbischen Grosslandwirtschaft nach Schieleschem Rezept wird allerdings nicht dem Bauern, sondern der städtischen Bevölkerung aufgebürdet, denn sie ist es ja, die in erster Linie unter der Verteuerung der Lebensmittel und unter der durch diese Verteuerung erzwungenen Verschlechterung der Ernährung leidet. Dass auch die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung für industriell erzeugte Konsumwaren unter einer solchen Politik leiden muss und die städtische Arbeitslosigkeit verschärft wird, braucht nicht weiter gesagt zu werden.

Eine für die ärmsten Verbraucherschichten besonders brutale, für die Landwirtschaft absolut nutzlose Massnahme ist die von Schiele geforderte und geplante Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr. In tausenden von minderbemittelten Haushalten ist das Gefrierfleisch das einzige Fleisch. Wird die Einfuhr dieses billigen "Fleisches der armen Leute" durch Aufhebung des zollfreien Kontingents unterbunden, so ist die ohnehin schlechte Ernährung in den ärmsten Bevölkerungskreisen besonders schwer gefährdet.

Dass Schiele darüber hinaus die vor dem Zusammenbruch stehenden ostelbischen Betriebe durch neue Umschuldungs-, Kreditssenkungs- und Steuerentlastungsaktionen auf Kosten der Gesamtheit sanieren will, ist ebenfalls bereits angekündigt. Der Subventionsunfug dürfte in den nächsten Monaten auf Kosten der Steuerzahler ganz besondere Blüten treiben.

Die Sozialdemokratie hat gezeigt, dass sie bereit ist, an jedem vernünftigen Preisregulierungs- und Rationalisierungsprogramm mitzuarbeiten. Einen Rückfall in die alte Subventionspolitik kann sie nicht dulden. Sie wird das Programm Schieles, das eine Gefährdung unserer Gesamtwirtschaft bedeutet, mit allen Mitteln bekämpfen.

SPD. Wenn es nach der Grünen Front und dem neuen Reichsernährungsminister Schiele geht, muss die deutsche Regierung die Handelsverträge gleich dutzendweise kündigen. Es gibt keine landwirtschaftlichen Artikel, für die nicht höhere Zölle verlangt werden. Da die Zölle aber zum Teil gebunden sind, setzt das Kündigung der Handelsverträge voraus.

Zu der Grünen Front hat sich nun auch der Reichsverband des deutschen Gartenbaus gesellt. Die Führer dieses Reichsverbandes haben gegenüber den Zollfragen immer eine anerkennenswerte, vernünftige Haltung eingenommen. Sie waren darauf bedacht, durch Steigerung und Verbesserung der Produktion der ausländischen Konkurrenz entgegenzutreten. Auf Grund der vom Reich gewährten verbilligten Kredite ist das auch überraschen gelungen. Nun entdeckt der Gartenbau sein zollfreudiges Herz. In einer Kundgebung stellt der Reichsverband des deutschen Gartenbaus folgende Forderungen auf: 1.) Kündigung aller derjenigen Handelsverträge, in denen wesentliche Erzeugnisse des Gartenbaues einschliesslich der Südfrüchte vertragsmässig gebunden sind, zum frühest möglichen Zeitpunkt; 2.) Sicherheiten dafür, dass in neuen Verträgen die Vertragssätze nicht unter ein festzulegendes Mindestmass herabgesetzt werden; 3.) beschleunigte Neufassung des deutschen autonomen Zolltarifes.

Die Kundgebung des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues erinnert lebhaft an die Anfangsmonate des Krieges, als ein Staat nach dem anderen den Krieg an Deutschland erklärte. Damals gab ein bekannter Verlag eine unsäglich dumme Ulkkarte heraus. Die Karte zeigte das deutsche Aussenministerium mit der Inschrift: Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen! Das sollte Humor sein. Dieser Humor ist uns schlecht bekommen. Wir scheinen aber wirtschaftlich aus der Kriegskatastrophe nicht gelernt zu haben. Gewisse Interessentengruppen in Deutschland gebärden sich so, dass Deutschland gegenüber dem Ausland auf handelspolitischem Gebiet als der Kriegstreiber und Friedensstörer erscheint. Dem Reichstag liegt ja auch ein Antrag der Deutschnationalen vor, von den Ergebnissen der Genfer Zollabrüstungskonferenz abzurücken, obwohl das Ergebnis für die deutsche Warenausfuhr nach Holland, Frankreich und England grosse Bedeutung haben kann. Fast täglich finden sich neue Gruppen, die die Kündigung von Handelsverträgen fordern. Wir können nur warnen. Auch auf handelspolitischem Gebiet gibt es Porzellan, das man zetrümmern kann, ohne es wieder leimen zu können. Schliddern wir nicht in einen Welthandelskrieg hinein, der in seiner wirtschaftlichen Tragweite und Folgen heute gar nicht zu übersehen ist.

SPD. Die neuen Agrarforderungen der Grünen Front und die angekündigten Experimente des Reichsernährungsministeriums bedrohen vor allem den industriellen Export. Das hat natürlich die Spitzenorganisation der deutschen Industrie, den Reichsverband der Deutschen Industrie, auf den Plan gerufen. Die rheinisch-westfälische Industrie beschäftigte sich bereits vor einigen Tagen mit dem Agrarproblem, ohne allerdings endgültig Stellung zu nehmen. Man hat das dem Reichsverband überlassen, der in einer gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und des Vorstandes sich eingehend mit der neuen Situation beschäftigt hat.

Über die Verhandlung wird ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es u.a. wie folgt heisst: "Eingehend wurden die aktuellen handelspolitischen Fragen erörtert, wobei einmütig zum Ausdruck kam, dass für Deutschland nur eine Handelspolitik möglich ist, die die Notwendigkeit der Erweiterung der Ausfuhr und den Schutz der inländischen Erzeugung gleichmässig berücksichtigt. Möge auch die Gegenwart wegen der ausserordentlich gefährdeten Lage der Landwirtschaft weitgehende Notmassnahmen erforderlich machen, so sei doch allen Vorschlägen zu widersprechen, die das System der deutschen Handelsvertragspolitik erschüttern könnten. Im Vordergrund der Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft müssten jetzt stehen: die Förderung von technischen Verbesserungen, um die Erzeugung zu verbilligen und zu verbessern, und die Durchführung von Reformen in der Absatzorganisation."

Im Interesse der deutschen Wirtschaft wäre es nur erwünscht, wenn sich der Reichsverband energischer gegen die Begriffsverwirrung in der Grünen Front und die Sabotage des deutschen Industrieexports ausgesprochen hätte.

Weiter nahm der Reichsverband der Deutschen Industrie Stellung zu der

Forderung der Reichsbahngesellschaft nach einer neuen Tarifierhöhung, die vor einigen Tagen der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, Dorpmüller in Düsseldorf in bekannter Manier zu begründen versuchte. Der Reichsverband nahm dazu folgende Entschliessung an:

"Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie steht in Übereinstimmung mit der Auffassung des Ausschusses der Verkehrsinteressenten bei der Ständigen Tarifkommission auf dem Standpunkt, dass die von der Deutschen Reichsbahn geplante Erhöhung der Wagenladungstarife für alle Kreise der Wirtschaft eine nicht erträgliche Neubelastung bedeutet. Er hält es für erforderlich, dass vor einer Gütertarifierhöhung alle anderen Möglichkeiten einer Erleichterung der finanziellen Lage der Reichsbahn erschöpft werden müssen".

SPD. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat beschlossen, die 10%ige Produktionseinschränkung auch für den Monat April beizubehalten.

SPD. Nach einer Meldung aus New York sollen sich amerikanische Finanzkreise mit Projekten beschäftigen, die Oelgewinnung in Norddeutschland im grössten Stile aufzunehmen. Es handelt sich dabei um die schon seit einiger Zeit bestehende North European Oil Corporation, die mit einem Millionenkapital ausgerüstet ist. Die Gesellschaft bzw. die in ihr vereinigten Finanziers sind in Deutschland nicht bekannt; es sind aber, wenn die vorliegenden Nachrichten stimmen, bereits seit längerem grössere Bohrungen im Bezirk Celle, Nienhagen, bei Bremen und Harburg vorgenommen worden. Diese Bohrungen sollen positiv ausgefallen sein. Der Oelvorrat in Norddeutschland wird in den vorliegenden Gutachten (auch von anderer Seite Red.) als ganz bedeutend bezeichnet und "Deutschland könne durch die von den Amerikanern aufzubauende Industrie seine Reparationsschulden bezahlen". Es heisst auch, dass die Gesellschaft Pachtungen im Umfange von 1,6 Millionen Morgen in Norddeutschland vorgenommen hat.

Man muss abwarten, ob es sich hier um eine Ente oder um wirklich aussichtsreiche Projekte handelt. Oelvorkommen sind immer wieder benutzt worden, um dunkle Finanzgeschäfte durchzuführen. Es sei hier nur an die Schwindeleien mit galizischem Petroleum in der Vorkriegszeit erinnert. Auch das Oelvorkommen in Norddeutschland hat bereits in den 90er Jahren, in Verbindung mit Kalispekulationen zu dunklen Aktiengeschäften geführt. Möglich ist schon, dass die amerikanische Gesellschaft in Norddeutschland nicht nur Petroleum, sondern dumme Leute sucht, die ihr gutes Geld los werden wollen.

SPD. Die dem Reich gehörige Deutsche Bau- und Bodenbank hat 84% des Aktienkapitals der Wiener Baukreditbank übernommen. Die Aktion steht mit gewissen Veränderungen in der österreichischen Bauwirtschaft in Verbindung. Die österreichische Regierung hat nämlich beschlossen, grössere Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Verwendung der Mittel wird staatlich kontrolliert. Es erschien ratsam, bei Durchführung der Aktion die Erfahrungen der Deutschen Bau- und Bodenbank nutzbar zu machen. Das soll durch eine möglichst enge Verbindung zwischen der Deutschen Bau- und Bodenbank und der Wiener Baukreditbank geschehen, die in der Aktienübernahme zum Ausdruck kommt. Eine Verfügungstellung von deutschen Mitteln für den österreichischen Baumarkt kommt nach Versicherungen der Deutschen Bau- und Bodenbank nicht in Frage.

Die Hausse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 2. April.)

SPD. Die schon seit einigen Tagen herrschende Hausse an der Berliner Produktenbörse fand am Mittwoch in verschärftem Tempo ihre Fortsetzung. Auf Grund der Erklärungen des neuen Reichskanzlers im Reichstage, wonach die Regierung mit allen Mitteln der Landwirtschaft helfen werde, waren Preissprünge von bisher nur selten erlebtem Ausmasse festzustellen. Roggen gewann am Zeit- wie am Lokomarkt 12 bis 14 Mark, ohne dass effektive Ware in nennenswertem Umfange angeboten war. Hafer konnte sogar Preisgewinne von 15 Mark verbuchen. Material war aber kaum erhältlich. Weizen vermochte seinen Preis nur um 4 bis 5 Mark zu verbessern, da er den Richtpreis von 260 Mark bereits überschritten hat. Für Mehl haben die Mühlen ihre Forderungen erneut um eine Mark heraufgesetzt. Geschäft konnte sich aber bei grösster Zurückhaltung kaum entwickeln.

	1. April (ab märkische Station in Mark.)	2. April
Weizen	258 - 260	263 - 265
Roggen	154 - 156	164 - 166
Braugerste	172 - 185	180 - 193
Futter- und Industriergerste	157 - 166	165 - 174
Hafer	148 - 158	160 - 170
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,25-36,50	28,75-37,00
Roggenmehl	21,75-24,75	23,00-26,00
Weizenkleie	9,25-10,00	9,75-10,50
Roggenkleie	9,50-10,00	10,00-10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 277-277½ (Vortag 273) Juli 285½-287 (280½), September 272-273 (267½). Roggen Mai 185-183½-185 (173), Juli 197-194-186½ (182½), September 197 rep. plus Geld bis 198 (179). Hafer Mai 180 (165), Juli 190-191 (174), September 185-187 (170).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 2. April: I. 138 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März hat sich die Überwindung des Ultimos reibungslos vollzogen. Der Kredit der Bank wurde mit 708,4 Millionen Mark in Anspruch genommen und steigerte sich damit auf 2362 Millionen Mark. Er liegt damit um rund 20 Millionen unter dem Stand des Vormonats. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks gingen um 548 auf 2052,7 Millionen Mark in die Höhe und die Lombardbestände um 145,7 Millionen auf 201,3 Millionen Mark. Ein grösserer Rückgang ergibt sich bei den fremden Geldern, die sich um 456,6 Millionen auf 136,5 Millionen Mark senkten.

Seit langer Zeit ergibt sich bei den Beständen an Gold und deckungsfähigen Devisen wieder eine Verminderung. Sie beträgt 59,9 Millionen Mark, wodurch sich die Bestände auf 2882,5 Millionen Mark gesenkt haben. Im einzelnen haben die Goldbestände um 4,1 Millionen auf 2495,9 Millionen Mark abgenommen und die Bestände an Deckungsdevisen um 64 Millionen auf 386,6 Millionen Mark.

Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 51,9% gegen 60,6% in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen 60% gegen 71,6%.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 2. April 1930.

Sturm im Mittelmeer.^x

SPD. Es war eine Tagesfahrt vor Port Said, in der Nähe der nordafrikanischen Küste.

Mein Schlaf wird unruhig. Plötzlich wache ich auf: der Tisch ist umgefallen. Mit einem Satz fahre ich aus dem Bette, werde aber sofort durch eine unsichtbare Gewalt barsch in die Kissen zurückverworfen. Das Schiff schlingert heftig: rechts=links, rechts=links. Es ist unmöglich, einen Standort länger als wenige Sekunden zu bewahren. Mit Wucht werde ich an die Einrichtung meiner Kabine geschlagen und kann mich nur kriechend fortbewegen. An den festverschlossenen Luken schiesst zischend Wasser vorbei. Auch durch die Türe hört man Getöse, Krachen und Wasser brausend strömen.

Ich öffne: der Gang und das ganze Mitteldeck sind überflutet! Bestürzt frage ich einen vorbeitaumelnden Matrosen, was denn los sei: zwei Ladeöffnungen sind offen geblieben!!

Im Nu ist alles geweckt!!!

Die Lampen huschen gespensterhaft=still auf und nieder, fortwährend überschwallt, mit mattem Schein. Aus den Ausgussöffnungen gluckst und gurgelt Wasser. Nur sprungweise komme ich vorwärts: rechts=links, und muss fortwährend ausweichen: Kisten, Fässer, allen möglichen Gegenständen, mit denen in dieser Situation nicht zu spassen ist. Plötzlich kommt eine derzeit unbewohnte Hundehütte auf mich zu gesegelt, wie von einem Meisterschützen abgeschossen und droht mich zu zermalmen. Im letzten Augenblick treibt der gütige Zufall einen ahnungslosen Matrosen vorüber, der, von der kleinen Villa umgestossen, ihr eine andere Richtung gibt.

Die Leute sind bemüht, die herumtreibenden Gegenstände einzufangen, purzelnd im Rhythmus des schwankenden Schiffes: rechts=links, rechts=links. Ein riesiger Matrose versucht ein Fass zu erreichen, greift aber immer wieder ins Leere, gleitet schliesslich aus und fährt sitzend seiner Beute nach.

Da kommt der Kapitän: klein, dick, unaufhörlich fluchend und "Steh=auf=Mandel" spielend: plumps sitzt er, hoppla steht er, plumps-hoppla, plumps-hoppla.... Neugierige Klassenpassagiere, barfuss, im Pyjama oder noch mangelhafter bekleidet, torkeln die Treppe herunter. Ein kleiner Chinese jagt, traurig=anklagende Blicke auf den Kapitän werfend, eilig seinen Kleidungsstücken nach. Ohne Erfolg.

Draussen gehen riesige Wellenberge auf und nieder. Immer wieder brechen neue Wasserstürze durch die Ladeöffnungen herein, was das Chaos auf dem Schiff natürlich noch steigert. Während ein Teil der Matrosen die schwimmenden Gegenstände zu befestigen versucht, sind die andern bemüht, die Ladetüren zu schliessen. Doch die Macht der wild brandenden Wellen stemmt sich dagegen. Nun greifen Alle, Matrosen und Passagiere, gemeinsam zu: -- ruck -- ruck! Und nochmals!! Und wiederum!! Bald darauf gelingt es auch, die zweite Öffnung zu schliessen.

Der Sturm tobt weiter. Die Leute begeben sich entweder wieder zur Ruhe oder suchen einen Ort mit einer Griffmöglichkeit, um hier die Konsequenzen des "Rechts=Links" in Einsamkeit weiter zu ziehen. Zu den letzteren gehört

die überwiegende Mehrheit; selbst zwei Matrosen können nicht umhin...
Ich schlafe, Gott sei Dank, nach kurzer Sammlung wieder ein.

+ * +

Am nächsten Morgen: rechts=links, Wellenberge, grau=düsterer Himmel. Wer etwas essen will (die meisten Passagiere verspüren keine Lust dazu), muss in die Küche hüpfen, wo belegte Brötchen verabreicht werden. Ich hüpfte. Die gesamte Kücheneinrichtung befindet sich in Ekstase: jedes Ding, das nicht niet- und nagelfest ist, saust seine eigene Bahn, grosse Konservenbüchsen, Bratpfannen, Flaschen, Kübel, riesige Waschtöpfe...hin und her. Ebenso die Menschen, vor allem der Koch: wie ein Walross schnaubend poltert er als gefährlicher Koloss durch den Raum. Ein lieber kleiner Javanerboy, Küchenjunge, pirscht sich vorsichtig mit einem mächtigen Kübel an den Ausguss heran. Kaum ist er dort angekommen, als ihm ein heftiger Wasserschwall entgegenflutet. Immer wieder versucht es der arme Kleine mit verbissen=trauriger Miene. So oft er aber den Kübel aufhebt, wird er vom boshafte Element über und über begossen. Plötzlich verliert er das Gleichgewicht und - seinen Kübel, sodass der Küchenboden mit Kartoffelschalen und ähnlichen Niedlichkeiten übersät ist: im nächsten Moment knallt eine Maultasche durch das Chaos, die dem Javanerjungen zu verabreichen sich der im Grunde gutmütige Koch sichtlich bemüht sah. Der Sturm heult, der Javaner auch.....

Nun kommt in Windeseile ein Offizier hereingefegt: drei Matrosen, die, so gut es eben geht, friedlich auf einer Bank sitzen, deren einer Fuss mit einem Seil befestigt ist, springen auf, salutieren und - - setzen sich neben die inzwischen umgefallene Bank auf den Boden. Reibende Gesten. Gelächter. Der Koch wiehert vor Wonne.

Rührend gebärdet sich "Bullo", des Küchengewaltigen Hund. Die Zunge hängt ihm weit heraus; jedem versucht er sein trauriges Pfötchen entgegenzustrecken, und äusserst kummervoll äugt er in die bewegte Welt: denn auch ihn plagt schwer die Seekrankheit.....

+ * +

Bald darauf hat sich Onkel Neptun etwas beruhigt, und nach Verlauf von wenigen Stunden streckt er, behaglich lächelnd, sein Bäuchlein der Mutter Sonne entgegen.

Harald Spitzer.

Chinatown in Berlin O.

SPD. In der Langestrasse Nr. 23 in Berlin, einen Katzensprung vom Schlesischen Bahnhof entfernt, ist Mister Ling=Non=Honing zu treffen. Der kleine, untersetzte, ein wenig beleibte, aber dabei tadellos europäisch angezogene Mann in mittleren Jahren ist etwas erstaunt, dass ihn heute zwei Deutsche besuchen. Denn sein Warenmagazin, das die chinesische Händlerschaft Berlins mit billigstem Porzellangeschirr, Teepäckchen und Buddhafiguren versorgt, betreten eigentlich nur seine Landsleute aus den südlichen Provinzen des Reiches der Mitte. Wenn doch auch einmal Deutsche kommen, voran der Mann vom Finanzamt, dann bereiten sie Mister Ling nur selten eine Freude. Es hält deshalb schwer, Mister Ling klar zu machen, dass wir uns mit ihm nur unterhalten wollen; warum kommen dann die Kerle ausgerechnet zu mir und stören mich beim Musizieren, denkt er wohl hinter seiner schalkhaft lächelnden Miene, und da unsre "Unterhaltung" nach den ersten missglückten Tastversuchen in ein betretenes Schweigen überzugehen droht, fragen wir Mister Ling kurzerhand: "Können Sie uns sagen, wie Reis auf chinesisch heisst?" - "Wieeee?" - "Ja, Reis, auf chinesisch." Wir kommen uns wohl noch alberner vor, als uns Mister Ling im gegenwärtigen Mo=

ment einschätzt, aber er spricht das Zauberwort: Mi. Also Mi heisst Reis auf chinesisches. Im Grunde wollten wir da ja garnicht wissen, aber da wir doch nicht in Mister Lings Laden hineinplatzen können, um den armen zu fragen: "Billigen Sie die Verlegung der chinesischen Hauptstadt von Peking nach Nanking?", so gehen wir auf der bewährten, ruhigen Linie weiter und erkundigen uns angelegentlichst danach, wie wohl Tee auf chinesisches heissen mag. Tscha, belehrt uns Mister Ling.

Es ist dann noch ganz nett geworden in dem Chinesenladen. Mister Ling hat Tee gekocht, ein paar Zigaretten gestiftet, und wenn wir nicht weiter konnten, verständigten wir uns mit Hilfe eines Wörterbuches. Was schwer genug war, denn wir sprachen das so leicht hin, Worte wie "Kanton" oder "Shanghai", so selbstverständlich, als ob es niemand anders sprechen könnte. Aber wenn Mister Ling chinesische Eigennamen aussprach, dann haben wir sie immer mehr erraten, als verstanden. Ein Chinese kann doch besser chinesisches als ein Europäer. Zum Schlusse wollte er uns einen ganzen Stapel Zeitungen schenken. Aber wir begnügten uns mit einem Exemplar, gewissermassen als Andenken. Denn lesen können wir diese Zeitung nicht, weil sie ja chinesisches Schriftzeichen hat. Wir wissen nur, dass die Worte des Titelkopfes, die in einer aufgehenden Sonne stehen, und über die eine Faust einen Hammer hält, "Tiang=Kue" heissen, was so viel wie "Der neue Aufbau" bedeutet. Vier Seiten ist die Zeitung stark, mühevoll in Steindruck hergestellt, F.Y. Ding aus Berlin=Steglitz und T. Wan aus Leipzig C 1 sind seine Redakteure. Es ist ein Propagandablatt der Kuo=Ming=Tang, bestimmt für die in Deutschland lebenden Chinesen. Auf der Mitte der ersten Seite prangt der kluge Kopf Sun=Yat=Sens, und bei monatlichem Erscheinen berichtet sie über alle Probleme des neuen China. Mister Ling hat den Vertrieb für Berlin, wie er auch gleichzeitig der Berliner Vertrauensmann der Kuo=Ming=Tang ist.

Mancher wird fragen: "Leben denn in Berlin so viele Chinesen, dass die Herausgabe einer eigenen Zeitung sich lohnt?" Diese Frage haben wir uns auch vorgelegt und dabei erfahren, dass die Zahl tausend kaum reichen wird. Alle wohnen sie zusammengepfercht in den ärmsten Strassen des ärmsten Berlin, in der Kleinen Markus=, der Kleinen Andreas= und der Langestrasse. Ein Hundeleben führen sie dort, die kleinen chinesischen Händler. Die Leute, die an sie eine oder zwei Mansarden vermietet haben, erzählten uns darüber folgendes: "WENN sie aufstehen, geht das Gekoche los, jeden Tag Reis, nichts als Reis. Damit schlagen sie sich den Bauch voll, kaum, dass sie eine Schweineschwarte mitkochen; erst am späten Abend kommen sie wieder. Dann geht das von vorne los mit dem Reis. Unser Brot können sie nämlich nicht vertragen; daran verderben sie sich den Magen. Nur das Kohlessen haben sie sich angewöhnt, und davon schmeckt ihnen ausgerechnet Sauerkohl am besten. - Saufen? - Ach, alle Woche vielleicht ein Glas Bier; Schnaps schon garnicht. Kein Budiker hat sie gern, weil sie nichts verzehren und ihm höchstens den Laden vollspucken bei ihrem stundenlangen Mah=Jongg=Gespiele. Abends sitzen sie in den Wohnungen herum, acht, neun, zehn Mann, und brabbeln und schnattern durcheinander. Das Schlimmste ist, dass alle Freunde, die kommen, gleichfalls anfangen, bei uns ihren Reis zu kochen. Dann sind wieder ein paar verschwunden; man bekommt ja nie richtig heraus, wo sie bleiben. Von zweien wissen wir, dass sie nach Vorpommern gefahren sind, um dort zu handeln."

"Eigenartige Vorstellungen vom Vermieten haben sie übrigens. Wenn die aus Pommern nach einem Vierteljahr wiederkommen und finden ihre Betten nicht genau so vor, wie sie sie verlassen haben, dann sind sie tödlich beleidigt. Dass man inzwischen die Betten weitervermietet, wo man für das Vermieten so wieso nur sieben Mark und fünfzig Pfennige pro Woche erhält, das wollen sie nicht einsehen. Aber sie halten zusammen, die Chinesen. Die hier bei uns wohnen sind meistens vom Dorf. Setzen wir für ihre chinesischen Namen einmal deutsche und nehmen wir an: der eine heisst Schulz. Wenn der nun jemanden trifft, der aus einer ganz anderen Gegend ist, aber auch Schulz heisst, dann sagt er

zu ihm "Bruder". Eigentlich sind sie alle eine grosse Familie. Den Anwohnern hier gehen sie nach Möglichkeit aus dem Wege, denn die sind nicht gut auf die Chinesen zu sprechen, trotzdem viele von ihnen leben. Aber die Leute sagen, die Chinesen wären dauernd hinter den weissen Frauen her, und wenn sie wissen, eine Frau ist allein in der Wohnung, dann fallen sie über sie her und vergewaltigen die wehrlosen Frauen. Mehrmals ist es deshalb auch schon zu schweren Schlägereien mit den Chinesen gekommen. Neulich mussten fünf ins Krankenhaus geschafft werden."

"Kaum einer von ihnen hat die Fahrt nach Deutschland bezahlt. Einige haben auf Schiffen gearbeitet und sind dann in Hamburg ausgerückt. Manche sind als blinde Passagiere nach Deutschland gekommen. Die meisten kommen gelaufen, handeln unterwegs mit Tee und Tabak, machen dort Station oder hier - sie haben ja Zeit -, und eines Tages sind sie in Berlin bei ihren Landsleuten. Fast alle in Berlin lebenden Chinesen stammen aus dem Süden ihres Heimatlandes. Die Nordchinesen bleiben im Lande und werden Fabrikarbeiter. Gewöhnlich bleiben die chinesischen Händler fünf Jahre in Deutschland und versuchen fast jeden Groschen zu sparen, den sie hier verdienen."

Wir haben auch darüber mit Mister Ling gesprochen, in dessen Laden ebenfalls ein grosses Bild Sun=Yat=Sens hängt. Wir fragten ihn: "Bringt dieses Asketentum seinen Landsleuten so viel ein, dass es zum Aufbau einer bescheidenen Existenz in China genügt?" Mister Ling zuckte die Achseln und lächelte. Das erstarrte Lächeln eines Asiaten, das wir westlichen Menschen nicht zu deuten vermögen.

Fritz Köhler.

Leben und Elektrizität.^x

SPD. Die gleichen elektrischen Ströme, die unsere Verkehrsmittel in Gang setzen, unsere Räume beleuchten, unsere Telegraphen betreiben, spielen auch eine ausserordentlich wichtige Rolle im Ablauf der Lebensvorgänge bei Pflanze, Tier und Mensch. Sie sind die Begleiter der wichtigsten Vorgänge im tierischen wie im pflanzlichen Körper. Bei jeder Muskelbewegung treten sie auf; jede Erregung, die einen Nerv durchläuft, ist von einem elektrischen Strom begleitet. Diese Ströme sind von ausserordentlich niedriger Spannung; ihre Spannung bewegt sich zwischen $\frac{1}{50}$ und $\frac{1}{20}$ Volt. Sie sind daher nur mit den allerfeinsten Instrumenten nachzuweisen und zu messen, und man hat eigens zu diesem Zwecke besondere feine Strommesser gebaut, die auf die schwächsten Ströme einen Ausschlag zeigen. Bringt man ein solches Instrument in einen Stromkreis, in den ein lebender Muskel eingeschaltet ist, so bewegt sich der Zeiger jedesmal, wenn der Muskel sich zusammenzieht. Den gleichen Vorgang beobachtet man, wenn man statt des Muskels selbst den Nerv in den Stromkreis einschaltet, der dem Muskel die Antriebe zuführt, die seine Bewegung auslösen.

Eine wichtige Rolle spielen diese Ströme bei der Erkennung gewisser Herzkrankheiten. Das Herz ist ein Muskel, der sich 60 bis 80 mal in der Minute zusammenzieht. Daher entstehen auch bei jedem Herzschlag solche Ströme, die man mit einer geeigneten, fein erdachten Anordnung nicht nur nachweisen, sondern auch photographisch aufzeichnen kann. Da nun die einzelnen Teile des Herzens, die Vorhöfe und die Kammern, sich nicht gleichzeitig, sondern kurz nacheinander zusammenziehen, so zeigt das den Strom messende Instrument bei jedem Herzstoss zwei kleine Ströme an, und die Reihenfolge dieser Ströme zeigt die Beziehungen zwischen dem Funktionieren der Herzvorhöfe und dem der Herzkammern. Eine Reihe von Herzkrankheiten sind in ihrem Wesen erst richtig erkannt worden, seitdem man eine Errungenschaft der letzten Jahre - diese Herzströme aufzeichnen kann.

Der Bedeutung, die das Auftreten selbständiger Ströme im lebenden Körper hat, entspricht auf der andern Seite ein sehr leichtes Ansprechen des Körpers auf Ströme, die ihm von aussen her zugeführt werden. Man kann z.B. einen Muskel zur gleichen Bewegung anregen, die er auf die Antriebe vom Gehirn aus tut, wenn man durch ihn einen kurzen elektrischen Strom schickt. Das äussert sich in der bekannten Tatsache, dass jemand, der einen stromdurchflossenen Draht angreift nicht imstande ist, den Draht wieder loszulassen, weil eben der Strom die Muskeln der Hand durchfliesst und zu einer krampfhaften Zusammenziehung zwingt, die nicht willkürlich zu lösen ist. Ebenso kann man durch die Reizung eines Nerven mit elektrischen Strömen den Muskel zur Zusammenziehung bringen; ja, man kann sogar vom Gehirn aus durch elektrische Reizung bestimmte Muskelbewegungen auslösen. Reizt man nämlich auf der Gehirnoberfläche denjenigen Bezirk von dem aus die Bewegungen des Körpers reguliert werden, so treten je nach der Stelle, die gereizt wird, am Arm, Bein oder an anderen Körpergegenden Bewegungen auf - eine Tatsache, deren Entdeckung für die Erforschung der Vorgänge im Gehirn, ferner für die Heilung bestimmter Formen von Epilepsie von allergrösster Bedeutung geworden ist.

Man wendet diese leichte Ansprechbarkeit auf elektrische Ströme in der Medizin in verschiedenen Heilverfahren an. Lähmungen verschiedenster Art werden durch Behandlung mit elektrischen Strömen ganz oder teilweise rückgängig gemacht. Ebenso sind verschiedene Nervenleiden der elektrischen Behandlung zugänglich. Auch die Diathermie ist ein elektrisches Heilverfahren, das sich auf der Tatsache aufbaut, dass bei jedem elektrischen Strom Wärme entwickelt wird, wie das aus der Erwärmung einer elektrischen Birne, aus der Möglichkeit der elektrischen Heizung allgemein bekannt ist.

Selbstverständlich sind die elektrischen Ströme bei ungeeigneter Anwendung sehr gefährlich, wie die täglich vorkommenden, zum Teil tödlichen Unfälle durch Elektrizität beweisen. Weit verbreitet ist die Meinung, dass nur die Meinung, dass nur die hochgespannten Starkströme gefährlich sind. Das ist jedoch keineswegs richtig. Am gefährlichsten sind vielmehr die Ströme mit mittlerer Spannung, und es ist sehr wohl möglich, dass ein Strom von 220 Volt, wie er in unsern Lichtleitungen fliesst, einen Menschen tötet. Mehrere Todesfälle durch Lichtstrom haben das bewiesen, während andererseits eine Anzahl von Fällen bekannt ist, bei denen Ströme mit ganz hoher Spannung, wie z.B. von 45 000 Volt, einen Menschen getroffen haben, ohne ihn zu töten. Der Tod tritt bei solchen Unfällen mit Hochspannungsströmen meistens weniger durch den elektrischen Strom selbst ein, als vielmehr durch die Folgen der hochgradigen Verbrennungen, die von solchen Strömen erzeugt werden. Die Wirkung der mittelgespannten Ströme scheint darauf zu beruhen, dass das Herz durch die Ströme so stark gereizt wird, dass es das Blut nicht in einzelnen ruhigen Schlägen austreibt, sondern in einen Zustand fortwährender schnell aufeinanderfolgender Zusammenziehungen gerät, den man als Herzflimmer bezeichnet. Nach einer Reihe von Beobachtungen scheint bei Elektrizitätsunfällen die Rettung der Verunglückten häufig noch möglich zu sein, wenn man die richtigen Massnahmen ergreift und die Wiederbelebungsversuche lange genug fortsetzt. Man darf in solchen Fällen mit diesen Bemühungen auch dann nicht aufhören, wenn Atmung und Herzschlag aufgehört haben, wie die Beobachtungen an sogenannten elektrischem Scheintod gezeigt haben, sondern erst dann, wenn als absolut sicheres Zeichen des eingetretenen Todes die sogenannten Totenflecke vom Arzt festgestellt worden sind.

§ 48.

Wenn du mit der Regierungslast
Dich einsam und allein weisst
Und keine sich're Mehrheit hast
Und weder aus noch ein weisst,
Droh' mit § 48!

Wenn dein Regierungsgaul mal sich
Recht träge nur in Trab setzt,
Wenn du Gefahr kauft, dass man dich
In kurzem wieder absetzt,
Droh' mit § 48!

Wenn mal in deinem Kabinett
Nur ein Parteienrest sitzt,
Wenn du mit dem Finanzbukett
Im Parlamente festsitzt,
Droh' mit § 48!

Wenn's regnet und du möchtest Schnee,
Was immer du für Schmerzen hast,
Ein Mittel gibt's für jedes Weh:
Sag', was du auf dem Herzen hast,
Dem § 48!

Jodok.

SPD. Die Hirngewichte der grössten Säugetiere.^x Professor Weygandt hat interessante Untersuchungen über die Hirngewichte der grössten Säugetiere gemacht. Nach seinen Mitteilungen stehen an erster Stelle die Wale, deren Hirne bis 7 000 g schwer werden. Dann folgt der Elefant, dessen Gehirn bei der indischen Art ein Gewicht von 5 430 g, bei der afrikanischen ein solches von 4 370 g erreicht. Den nächsten Platz nahm die ausgestorbene Riesen=Seekuh (*Rhytina gigas*) mit einem Hirngewicht von 1 400 g ein. An dieser Stelle wäre der Mensch einzureihen, dessen Gehirn beim Manne durchschnittlich 1 343 g, beim Weibe 1 256 g wiegt. Dann nehmen die Hirngewichte rasch ab. Während das des Walrosses noch ein Gewicht von 1 043 g erreicht, wird das des See=Elefanten nur noch 767 g schwer. Giraffe und Pferd haben ein Durchschnittshirngewicht von 680 g, während das des Nilpferdes um noch etwa 100 g leichter ist.

SPD. Früh übt sich...^x Der bedeutende italienische Dichter Alessandro Manzoni, Begründer der romantischen Schule Italiens, wurde im damaligen Sinne "freigeistig" erzogen und zeichnete sich in seiner Jugend nicht so sehr durch seine Fähigkeiten als vielmehr durch grenzenlose Frechheit gegenüber seiner Lehrer aus. Als er einmal, dreizehnjährig, befragt wurde, welcher Art der Satz "Die Schüler lieben ihren Lehrer" sei, antwortete der spätere Verfasser der von Goethe ins Deutsche übersetzten Meisterode auf Napoleons Tod schlagkräftig: "Ironischer Art!"

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

35)

SPD. Dann kamen nackte Häuse, dann kleine Körper in der Farbe rohen Fleisches, ohne Federn, mit kaum wahrnehmbarem Flaum beklebt. Die Mütterlichen Fittiche bedeckten vorsorglich die Neugeborenen, deren Schnäbel bisweilen durch die Federn stachen.

Am nächsten Morgen gab es eine neue Ueberraschung. Man konnte die vier kleinen Schwalben während einer Minute sehen, für die ihre Mutter sie verlassen hatte.

Mit seinem dicken Finger klopfte Le Moal gegen die Scheibe. Sofort reckten sich vier schmale Häuse, und vier Schnäbel wurden weit aufgerissen.

Nach und nach wurden die Eltern zutraulicher. Befand sich das Weibchen im Nest, so flob es nicht mehr, wenn die beiden als harmlos erkannten Gesichter sich näherten. Auch das Männchen regte sich nicht mehr auf. Wirkliche Sympathie verband die beiden Menschen und die beiden Tiere, die in dieser Unendlichkeit miteinander solidarisch wurden. Die vier Kleinen wuchsen. Nur eins entwickelte sich schlecht. Seine Eltern vernachlässigten das Tierchen, seine Brüder pickten nach ihm, als wollten sie diesen schwachen Vertreter ihres Geschlechtes zerstören. Die Natur ist manchmal so grausam.

Redec empfand Mitleid und wollte es retten. Le Moal antwortete auf Befragen, dass er zwar früher kleine Tiere grossgezogen hätte, jetzt aber würde man beim Öffnen des Fensters riskieren, das Nest zu beschädigen und die Tiere womöglich für immer verjagen.

Sollte man einer problematischen Gesundheit drei blühende Existenzen opfern?

"Musst ihn schon krepieren lassen", meinte Le Moal, "Vater und Mutter wissen besser Bescheid als wir. Wenn sie nicht wollen, wollen sie nicht. Da kann man nichts machen."

"Wenn wir dem Kleinen beim Essen helfen, wird er vielleicht wie die anderen."

"Vielleicht."

Redec liess von seinem Vorhaben nicht ab. Mit unendlicher Mühe und mit Hilfe eines kleinen, aus Holz geschnittenen Spachtels stopfte er dem vernachlässigten Tierchen angewärmtes Brot in die Kehle. Le Moal stand unten am Schemel und hielt den Brotvorrat. Es hatte etwas Lächerliches und Rührendes zugleich, mit welchem Ernst diese beiden robusten Burschen ein kleines Vögelchen ernährten.

Le Moal wurde bald vom Eifer seines Gefährten angesteckt. Seine eigenen Wohltaten verbanden ihn mit den kleinen Tieren. Er überwachte sie mit derselben Sorgfalt wie einst ein Kalb oder ein Küken. Er freute sich, wenn sie Federn bekamen und grösser wurden, als ob ihm eines Tages diese Brut zur besonderen Ehre gereichen würde.

Redec hing geradezu an seinen Schützlingen. Die vier Kleinen waren jetzt übrigens ganz ähnlich geworden, und die künstliche Ernährung des einen war überflüssig. Sie mussten mehr Krumen auf die Stufen streuen. Denn der Wind, der seit einigen Tagen wehte, fegte sie oft beiseite.

Es näherte sich der Tag, an dem Le Moal nach drei Wochen Dienst im Leuchtturm von Etienne Kerroch, dem zynischen, gewaltigen und rohen Burschen, abgelöst werden sollte. Le Moal und Redec fürchteten diesen Menschen sehr. Kein Zweifel, dass Kerroch, der ein guter Jäger war und niemals ohne sein Gewehr kam, es auf die armen Tiere absehen würde.

Sollte man ihm alles erzählen? Wenn er nichts vom Nest wüsste, würden die Kleinen vielleicht Zeit gewinnen, fliegen zu lernen und zu fliehen. Andererseits würde er sich vielleicht über die sorgfältige Pflege lustig machen

und nur zu bald den nahen Braten erlegen.....Am Abend vor der Ablösung waren sie noch unentschlossen.

Als das Lebensmittelschiff in Sicht kam, ging Le Moal seinen Freunden ein letztes Lebewohl sagen.

Sie sahen schon aus wie Erwachsene. Eine Sehnsucht nach dem Raume schien ihre Flügel zu schwellen. Le Moal betrachtete sie nachdenklich. Dann wandte er sich zu Redec, der auf der Treppe wartete, und sagte:

"Besser, man sagt ihm gar nichts, glaube ich.....Die werden jetzt bald wegfliegen."

"Hast recht", meinte der andere. "Ich werde sogar den Schemel wegnehmen, damit er keine Spur findet."

"Seltsam", fuhr Le Moal fort, "Hätte niemals geglaubt, dass es mir nahegehen könnte, die Tiere zu verlassen....Aber man hat sich aneinander gewöhnt..."

"Sei ohne Sorge", erwiderte Redec. "Es wird ihnen an nichts fehlen und ich werde dafür sorgen, dass ihnen nach Möglichkeit kein Unglück geschieht."

Das Segelboot war vor Anker gegangen. Die ziemlich hohe See machte die Verproviantierung auf hin- und hergehenden Tauen notwendig.

Seltsamerweise war der Urlauber in bedrückter Stimmung und der Mann, der auf drei Wochen in die Einsamkeit verbannt war, ungewöhnlich ausgelassen.

Beinahe hätte Kerroch sein Jagdgewehr an Bord des Schiffes gelassen. Ganz zuletzt wurde auch das noch in den Turm geschafft.

Le Moal und Redec wechselten einen Blick. Beide hatten denselben Stich ins Herz gefühlt, denn Kerrochs Absichten lagen auf der Hand.

Als Le Moal an Bord war und mit der Mütze winkte, galt dieser letzte Gruss ebenso seinen Kameraden wie dem Nest, das dem sicheren Untergang geweiht schien.

Anfangs konnte Redec seine Schützlinge bewachen. Er trug freiwillig die Lebensmittelvorräte, das Petroleum und das Süßwasser nach unten, aus Furcht, der anderen könnte beim Vorbeigehen irgendwelche Geräusche hören. Denn die Vögel hatten sich daran gewöhnt, sich flügelschlagend aufzurichten und zu piepen, wenn Schritte im Treppenhaus ertönten.

Glücklicherweise waren die Kleinen schon ziemlich robust geworden. Bald würden sie fortfliegen können. Die Eltern unterwiesen sie bereits in der Flugkunst. Von unten konnte Redec genau beobachten, wie die Flugversuche immer weiter ausgedehnt wurden.

Kerroch jagte auf Möwen, Trauerenten und anderes Getier. - Eines Sonntags vormittags, an dem Kerroch mehr als sonst geschossen hatte, konnte Redec, der allein die Spiegel der Laterne reinigte, keine rechte Ruhe finden. Als er hinunterging, traf er seinen Kameraden, der ihn mit sonderbarem Lächeln ansah und sagte: "Pass auf, heute gibt es eine Überraschung....."

Er eilte erschreckt ans Fenster. Die ganze Familie kauerte geduckt im Nest, erschreckt von den Detonationen, die im fernen Echo der Inseln wiederholte. Beruhigt ging er nach oben und beendete seine Arbeit.

Kerroch kochte. Zur gewohnten Stunde rief er Le Moal. Aber seine Stimme schien durch ein verhalltenes Lachen entstellt. "Was mag er wohl haben", dachte sich Redec. - Als er die Küche betrat, die von einem angenehmen Geruch gefüllt war, bemerkte er mitten auf dem Tisch eine mit einem Teller zugedeckte Schüssel. "Riech mal", sagte Kerroch, "ist das nicht fein?" - Le Moal bekam Herzklopfen und hatte nicht den Mut, sich an den Tisch zu setzen.

"Denk' mal an", fuhr der andere fort, "hatten den Braten in reichweite. Heute morgen habe ich das Nest am Fenster entdeckt und wäre beinahe zu spät gekommen. Die Gesellschaft war flügge, und morgen schon hätte ich das Nest leer gefunden...."

Redec wagte kein Wort zu sagen. Wozu sollte er dem rohen Burschen alles erklären?.....

"Was ist denn? Schmeckt dir wohl nicht? Willst wohl nichts essen?"

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

153. Sitzung vom 2. April 1930, 12 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Breitscheid:

Die Zeit der gemeinsamen Arbeit in der Grossen Koalition hat Opfer von uns gefordert. Ohne solche Opfer ist ja überhaupt eine Koalitionsregierung nicht denkbar. Niemand wird bestreiten können, dass die Sozialdemokratie grosse Opfer während dieser Zeit gebracht hat (andauernde Gegenrufe der Kommunisten). Wir haben auf manche Forderungen verzichtet und uns auf manchem Gebiet beschränken müssen. Wir leugnen nicht im allergeringsten, dass auch andere beteiligte Gruppen Wünsche und Forderungen zurückgestellt haben. Wir sind diesen Weg gegangen nicht mit Begeisterung und nicht aus Sentimentalität, sondern weil es keine andere regierungsfähige Mehrheit im Hause gibt, und weil wir das Staatsschiff nicht Gefahren aussetzen wollten, die bei einem Abweichen von der parlamentarischen Linie für unvermeidlich gehalten werden mussten und heute für unvermeidlich gehalten werden müssen. (Zustimmung der Soz.)

Die Grosse Koalition hat ihr Ende gefunden, aber die Kombinationen im parlamentarischen Leben sterben nie einen endgültigen Tod. (Hört!Hört! und Gelächter der Kommunisten) Ich kann mir sehr wohl denken, dass eine Zeit kommt, in der dieselben Erwägungen, die für uns eindreivierteil Jahr hindurch massgebend gewesen sind, wieder bestimmend werden können. (Sehr wahr! bei den Soz., Geschrei der Komm.) So lange eine einzelne Partei, die nicht stark genug ist, allein zu regieren, sich nicht auf eine Opposition beschränken will, die ganz auf Agitation abgestimmt ist, so lange sind wir im Reichstag auf Koalitionen angewiesen. Die Partei die die grösste in diesem Reichstag ist und die die grösste im nächsten Reichstag sein wird (Geschrei äusserst links und äusserst rechts), unter welchen Umständen immer auch der Reichstag sein Ende finden wird - diese Partei wird auch in der Zukunft stets bereit sein, die Mitverantwortung zu übernehmen, die sie mit den von ihr verfochtenen Ideen und mit den Interessen der durch sie vertretenen Schichten für vereinbar halten kann.

Es ist überflüssig zu sagen, dass uns die Notwendigkeit, in die Opposition zu gehen, nicht im allergeringsten schreckt. Parteipolitisch ist uns die Opposition zu jeder Zeit ausgezeichnet bekommen; sie wird es auch jetzt. Aber unter all gemeinen, unter staatspolitischen Gesichtspunkten gilt das Wort, das der Führer der Deutschen Volkspartei vor zehn Tagen in Mannheim gesprochen hat: "Auf die Dauer lässt sich nicht ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren." (Sehr wahr! Dr. Scholz hat damit vollständig recht gehabt, und es ist nur schade, dass seine politischen Freunde die Wahrheit sobald vergessen und in den Wind geschlagen haben.

Woran ist die Grosse Koalition in dem Augenblick gescheitert? Es war bekannt dass es in Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung, namentlich in der Frage der Arbeitslosenversicherung, Grenzen gibt, die von der Sozialdemokratie nicht überschritten werden. Nichts ist verfehlter als die Behauptung, dass der Streit sich entzündet habe an einer Bagatelle von 70 Millionen, die zur Ausbalanzierung des Etats der Arbeitslosenversicherung für den Augenblick fehlten. Uns allen, die wir in der Grossen Koalition zusammenarbeiteten, war der Ausgangspunkt, dass die Finanzen des Reichs saniert werden, auf eine feste und sichere Basis gestellt werden müssen. Wir Sozialdemokraten waren bei dieser Sanierung, das heisst bei der Schaffung neuer Steuern, auch solcher, die auf den Konsum fielen, bereit mitzuwirken, da uns die Sicherung des Etats und die Beseitigung der Gefahren immerwiederkehrender Kassenschwierigkeiten vollkommen bekannt waren und wir sie auch im Interesse der Arbeiterschaft (lärmende Rufe der Komm.) zu beseitigen für notwendig hielten. Die Sozialdemokraten waren auch bereit, die Möglichkeiten der von den bürgerlichen Parteien geforderten Steuersenkung, vor allem bei den Realsteuern und der Ausgabenreduktion, zu prüfen, obwohl wir uns hier die letzte Ent-

scheidung vorbehielten und sie von dem Stand der öffentlichen Finanzen im nächsten Jahre abhängig gemacht sehen wollten. Wir beurteilen diese Finanzen skeptischer und kritischer als es die bürgerlichen Parteien getan haben. Wir hätten weiter mitgewirkt, immer unter dem erwähnten Vorbehalt, dass die geplanten Ausgabensenkungen von uns mitgetragen und mitverantwortet werden können.

Man kann uns also wahrhaftig nicht den Vorwurf einer demagogischen Politik machen (Zustimmung der Kommunisten). Ich freue mich, dabei Ihren Beifall zu finden. (Sehr gut!) Die Bedingungen, die wir stellten, dass gleichzeitig die Deckung des Bedarfs der Arbeitslosenversicherung gewährleistet sei, ohne dass ihre Leistungen gefährdet werden dürften. Unter diesen Bedingungen waren wir bereit, die Regierungsvorlage vom 5. März anzunehmen, die u.a. die Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent festsetzte. Aber diese Regierungsvorschläge waren sehr bald in Frage gestellt und aufs neue diskutiert worden, mit der Absicht, sie abzuändern. Ich kann hierbei der Zentrumsfraktion den Vorwurf nicht ersparen, dass sie von dem Grundsatz abgewichen ist, den sie mit grossem Nachdruck vertreten hat, dass die Regierung führend sein müsse. Noch vor kurzem hat Dr. Brüning vor seinen Parteifunktionären in Köln erklärt, dass es das Ende der Demokratie sei, wenn eine Partei das Finanzprogramm ihres eigenen Ministers im Stiche lässt und auf Agitationspolitik ausgeht. Das waren harte Worte an die Deutsche Volkspartei von einem Manne, der in den letzten Monaten immer wieder gefordert hat, die Regierung müsse führen und ihre Vorlagen vor dem Parlament zur Entscheidung bringen!

Im vorigen Herbst ist es uns gelungen, mit dem Zentrum zusammen eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchzuführen, während die Deutsche Volkspartei sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme enthielt. Das Zentrum sah mit uns die ungeheuer grosse Gefahr, die darin liegen würde, wenn ein Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung erfolgte. Den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung hat die damalige Regierung mit 410 Millionen angesetzt. Davon würden 140 Millionen gedeckt worden sein, wenn die $3\frac{1}{2}$ prozentige Beitragszahlung auf das ganze Haushaltsjahr ausgedehnt worden wäre. Ausserdem sollten durch einen festen Reichsausfluss 150 Millionen aufgebracht werden.

Es fehlten also noch 120 Millionen, wovon 50 Millionen als dem sogenannten Notstock der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden sollten. Es blieb also ein ungedeckter Rest von 70 Millionen. Wir haben von vornherein lebhafteste Zweifel daran gehabt, ob nicht diese ganze Berechnung angesichts der Wirtschaftslage und des Arbeitsmarktes viel zu günstig sei. Es ist dabei eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 1,2 Millionen zugrunde gelegt. Und da wir an Wunder nun einmal nicht glauben, war diese Zahl für das nächste Etatsjahr nach unserer Meinung anzunehmen. Nach dem Kompromissantrag sollten die Deckung des Fehlbetrages und die Leistungen erst im Herbst geregelt werden, weil die neuen Steuern und die Beitragserhöhung erst im Herbst wirksam geworden wären. Es wäre also in diesem Moment für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung praktisch nur die Herabsetzung der Leistungen übrig geblieben. (Hört! Hört! bei den Soz.) Man hat uns gesagt, wir sollten warten, bis im Herbst die endgültige Entscheidung erfolge. Aber uns klang in den Ohren der Ruf, den der sozialpolitische Sachverständige der Deutschen Volkspartei ausgestossen hatte, dass sie es als unerlässliche Bedingung betrachte, jetzt eine Regelung der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen, das heisst, dass der Leistungsabbau im Sommer unbedingt gewährleistet werden müsste. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Soz.)

Diese Gefahr konnten wir nicht zulassen. Der Finanzminister Moldenhauer nahm den Standpunkt ein, dass keine Finanzsanierung möglich sei, solange nicht die Arbeitslosenversicherung tatsächlich saniert ist. Obwohl man nun die Arbeitslosenversicherung nicht saniert, glaubt man an die Finanzsanierung mit grossen neuen Steuern herangehen und trotzdem für das nächste Jahr Steuersenkungen versprechen zu können! Diesen Weg mitzugehen, sind wir nicht in der Lage gewesen.

Wie ist nun das neue Kabinett zustande gekommen? Es hat einen Vorzug, den der Schnelligkeit, mit der es sich dem Reichstag vorstellen konnte. Es entsteht

aber die Frage, ob nicht diese Fixigkeit auf Kosten der Tüchtigkeit geht. Ist diese Schmellichkeit nicht vielleicht eine Folge der Vorgänge, die noch zu Lebzeiten des Kabinetts Müller zu beobachten waren? Hat man nicht schon damals für einen Ersatz gesorgt? Von dem gegenwärtigen Reichskanzler glaube ich nicht, dass er an einem solchen Intrigenspiel beteiligt war. Er ist ehrlich bemüht gewesen, die Grosse Koalition beieinander zu halten. Aber es hat andere Leute gegeben, die ungeduldig im Vorzimmer der Krankenstube standen, um nicht dem Moment zu verpassen, wo sie die Erbschaft antreten konnten. Dann hat eine sehr hohe Stelle eingegriffen und der Verfassung eine Auslegung gegeben, die dem Sinne und dem Wortlaut der Verfassung nicht entsprach. Brüning hat dann dem Wunsche dieser hohen Stelle entsprochen, er hat sich bemüht, Herrn Schiele, bisher Mitglied der deutschnationalen Fraktion und heute noch Mitglied der Deutschnationalen Partei, sowie den Abgeordneten Treviranus von den Volkskonservativen in sein Kabinett aufzunehmen. Herr Schiele ist unter besonders merkwürdigen Umständen in das Kabinett gekommen. Ich will die Absichten, die Herr Brüning mit dieser Berufung gehabt hat, nicht untersuchen, besonders, weil er in der Öffentlichkeit noch nicht darüber gesprochen hat. Herr Schiele ist jetzt zwar aus seiner Fraktion, aber nicht aus seiner Partei ausgetreten. Schiele erscheint im Kabinett sozusagen inkognito. (Heiterkeit.)

Das kann nichts anderes heissen, dass man nach aussen dokumentieren möchte, als ob man mit der deutschnationalen Fraktion nichts zu tun habe. Das soll heissen, wir grüssen die Leute unter Hugenberg nicht Unter den Linden, aber wir können uns vielleicht vertragen, wenn wir zuhause sind. (Heiterkeit.) Mit vollen Händen werden jetzt agrарische Versprechungen gegeben. Was soll das bedeuten? Doch nur so viel: einrechter Regierungsmann kann keinen Hugenberger leiden, doch seine Stimme nimmt er gern. (Stürmische Heiterkeit.) Das Agrarprogramm des neuen Kabinetts verspricht eine Menge schöner Dinge, die jedoch im einzelnen nicht genannt werden. Von uns werden Sie nicht verlangen, dass wir diese agrарische Katze im Säck kaufen. Aber wenn wir wissen wollen, wie diese Einzelheiten aussehen, so müssen wir uns an den jetzigen Ernährungsminister halten, der noch bis in die letzte Vergangenheit hinein in Anträgen an den Reichstag die Forderungen der Grünen Front vertreten hat. Die "Kölnische Volkszeitung" hat die Neubildung der Regierung mit dem Hymnus begrüsst, dass nunmehr die Frontkämpfergeneration an die Regierung gekommen sei. Wir haben den Eindruck, als ob die grünen Frontkämpfer an die Regierung gekommen sind. (Heiterkeit.)

Die Regierungserklärung hat sich in den Agrarfragen in allgemeinen Ausdrücken bewegt. Seit Jahren haben wir zwei Gruppen in der Agrarpolitik. Die eine Gruppe, die mit der Wirklichkeit rechnet und die auch von der Sozialdemokratie unterstützt wird, und die andere Gruppe, die demagogische Programme aufstellt. Wenn die neue Regierung versuchen wollte, die von Herrn Schiele aufgestellten Programmpunkte in die Wirklichkeit umzusetzen, so würde sie die Staatsfinanzen in eine furchtbare Krise stürzen. (Sehr wahr! links.) Unter dem Kabinett Müller sind mehr als 100 Millionen Mark für die Umschuldung und Lastenerleichterung der Landwirtschaft, besonders in Ostpreussen, gegeben worden. Allerdings ist erst durch die Entsendung eines Staatskommissars ein strengerer Masstab bei der Verteilung der Mittel angelegt worden, vorher wurden Dutzende von Millionen verschwendet. (Sehr wahr! links.) Vorläufig kann es sich also entweder nur um ein leeres Gerade zur Täuschung der Landwirtschaft handeln; oder wollen Sie doch das Landbundprogramm verwirklichen? Etwa den Antrag, den Herr Schiele noch vor einigen Tagen unterschrieben hat, wonach fünf Jahre lang jährlich 200 Millionen Mark, also im ganzen 1 Milliarde, unter Ausschaltung der Kontrolle des Reichs an die Landwirtschaft gegeben werden sollen? Wollen Sie das Programm der bisherigen Regierung verlassen und zu einer hemmungslosen Subventionspolitik übergehen, die die Finanzen des Reichs in eine hoffnungslose Lage bringen müsste? Den Vertretern der städtischen Volksschichten in dem neuen Kabinett kann man zu diesen agrарischen Forderungen nur gratulieren. Das Kabinett Müller hat es für seine Aufgabe gehalten, die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger mit denen der

Verbraucher in Einklang zu bringen. Die Sozialdemokratie hat aktiv an dieser Politik mitgewirkt, weil sie weiss, dass auch den landwirtschaftlichen Erzeugern angemessene Preise für ihre Produkte gewährt werden müssen. Die Sozialdemokratie war auch an der Zollregelung beteiligt, weil sie einen Ausgleich zwischen der Landwirtschaft und den anderen Kreisen der Bevölkerung anstrebt. Sie konnte das umso mehr, weil sie zugleich einen angemessenen Verbraucherschutz sichergestellt hat. Das Kabinett Müller hat das Einfuhrscheinsystem, diese sinnlose Exportprämie und Verschleuderung von Volksvermögen in mässigen Grenzen gehalten. Will Schiele jetzt etwa wieder erneut durch eine masslose Steigerung der Preise diese Exportprämie schaffen und Hunderte von Millionen aus Reichsmitteln verschleudern (Sehr wahr! links.) Wenn das Kabinett die Forderungen der Grünen Front verwirklichen will, dann wird unser Handelsvertragssystem zerschlagen, dann ist auch der Handelsvertrag mit Polen gefährdet, dann müssen die Lasten der Arbeitslosigkeit in unermesslicher Weise steigen.

In dem neuen Kabinett sitzt weiter Herr Treviranus, der zuerst erklärt hatte, dass Curtius nicht mehr Aussenminister sein dürfe. Vorläufig hat man dann ja Herrn Curtius in seinem Amt gelassen. Der Reichskanzler hat jetzt davon gesprochen, dass die auswärtige Politik organisch fortentwickelt werden soll. Was bedeutet das? Im Sinne der alten Regierung oder im Sinne der neu hinzugekommenen Minister? In dem jetzigen Kabinett sitzen doch drei Herren, die Gegner der Younggesetze waren. Die Volkspartei hat früher immer erklärt, dass die Younggesetze das Erbe Stresemann seien, für das sie sich mit allen Mitteln einsetze. Jetzt ist aber die Volkspartei damit einverstanden, dass drei Gegner der Younggesetze zu deren Durchführung berufen werden. Herr Minister Treviranus, der gegen die Befreiung der besetzten Gebiete gestimmt hat, soll jetzt dazu ausersehen sein, die befreite Bevölkerung zu begrüessen. (Sehr wahr! links.) Einer der Gegner der Younggesetze ist ja auch Herr Schiele, der den § 4 des Hugenbergschen Volksbegehrens mit unterschrieben hat. Heute sitzt er mit den Männern in der Regierung zusammen, die er damals ins Zuchthaus schicken wollte. (Beifall und Heiterkeit.) Wenn dieses Kabinett einen Namen verdient, so müsste es man das Kabinett der christlichen Nächstenliebe nennen, das alle früheren Sünden seiner Mitglieder zudeckt. (Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat erklärt, dass er mit allen verfassungsmässigen Mitteln sein Programm durchzuführen gedenke. Er hat deutlich mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gedroht. Dieser Artikel gilt aber nur für den Fall, wenn die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet ist. Wenn wir fragen, ob diese Voraussetzung vorliegt, so müssen wir mit einem glatten Nein antworten. Das Kabinett rechnet mit Schwierigkeiten in der nächsten Zeit. Aber auf Mutmassungen darf man nicht die Anwendung des Artikel 48 aufbauen. Es gab ein Mittel, um die jetzigen Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie brauchten nur die frühere Regierungsvorlage wiederherzustellen. Das Zentrum wusste, dass eine Mehrheit in diesem Hause ist, die mit ihm gemeinsam dieses Finanzprogramm durchführen wollte. Statt dessen droht Herr Brüning jetzt mit der Auflösung des Reichstags und mit Artikel 48. Die öffentliche Ruhe ist allerdings gestört worden, als Herr Schiele mit dem Aufstand der deutschen Bauern gedroht hat. Hier hat man allerdings nicht die verfassungsmässigen Mittel angewendet, sondern man gibt den Agrariern neue Versprechungen. Würden Sie solche Versprechungen auch geben, wenn statt der schwarzen Fahne des Landbundes die rote Fahne der Erwerbslosen wehen würde? (Stürmischer Beifall links, Lärm bei den Kommunisten.)

Der Redner erklärt zum Schluss, dass die Sozialdemokratie sich von dem Artikel 48 nicht schrecken lasse. Er warnt den Reichskanzler Brüning, sich auf diesen gefährlichen Weg zu begeben, von dem man wohl den Anfang, aber nicht das Ende wisse. Die Sozialdemokratie will eine ruhige Fortentwicklung auf dem Boden der Verfassung, sie will keine weitere Kluft zwischen den Parteien, die zur Erhaltung der Verfassung berufen sind. Was wir wollen, das ist ein Staat, den wir verteidigen und den wir stützen können. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Esser (Zt.) verliest eine Erklärung, wonach die Zentrumsfraktion das Regierungsprogramm billigt und die beabsichtigten Massnahmen begrüsst: Die Lösung der innerpolitischen Gegenwartsaufgaben erwarten wir in vollem Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung. Die Zentrumsfraktion wird alles tun, um eine solche Lösung zu ermöglichen; sie hat die beschleunigte Sanierung der Reichsfinanzen als unaufschiebbare Voraussetzung zur Rettung der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Erledigung der Haager Abkommen gefordert. Wir waren uns darüber klar, dass die gleichzeitige Entscheidung über die lebenswichtigen innen- und aussenpolitischen Fragen die sicherste Bürgschaft für den Fortbestand der grossen Koalition, dieser durch den Ausfall der vorigen Reichstagswahl gegebenen Arbeitsgemeinschaft sein würde. Diese positive Zusammenarbeit weitester Kreise des deutschen Volkes zu erhalten, war unser auf ichtiges und zielbewusstes Streben bis zum letzten Augenblick, und dazu diente auch das von uns vorgeschlagene Kompromiss in der Arbeitslosenversicherung, das den widerstreitenden Anschauungen der Flügelparteien der damaligen Regierungsmehrheit soweit als möglich entgegenkam, ohne soziale Notwendigkeiten zu gefährden. Wir bedauern, dass die politische Bedeutung unseres Ausgleichsvorschlages nicht allseitig und rechtzeitig erkannt worden ist. Der Rücktritt der letzten Reichsregierung hat für das deutsche Volk, besonders aber für die deutsche Wirtschaft eine Lage geschaffen, die ein entschlossenes, das Wohl des Vaterlandes über alle Parteierwägungen stellendes Handeln gebieterisch fordert. Angesichts der drohenden Gefahr hat die Zentrumsfraktion, getreu ihrer Ueberlieferung, sich sofort bereit erklärt, einig und entschlossen dem Rufe ihres Führers zu folgen, um eine parlamentarische Mehrheit zur Durchführung des Not- und Rettungsprogramms der neuen Reichsregierung zu sichern. Wenn hierzu wertvolle politische Kräfte neu gewonnen werden, so begrüssen wir das im Sinne einer fortschreitenden Verstärkung der Grundlagen unseres innerpolitischen und parlamentarischen Lebens.

Auf die Kritik Breitscheids am Zentrum antwortet Abg. Esser: In der Parteiführerbesprechung vom 9. März haben die beiden Flügelparteien das Regierungsprogramm abgelehnt, auch inbezug auf die Arbeitslosenversicherung. (Hört! Hört! im Zentrum.) Und erst kurz vor Toresschluss am letzten Donnerstag nachmittag hat sich die Sozialdemokratische Partei auf das Regierungsprogramm über die Arbeitslosenversicherung zurückgezogen. (Abg. Aufhäuser (Soz.): Stimmt nicht!) Aber Herr Aufhäuser, warum haben Sie sich denn an den Arbeiten der Parteien der letzten Regierung zur Lösung dieser Frage so intensiv beteiligt? (Abg. Aufhäuser: Auf der Grundlage der Regierung!) Von dieser Grundlage haben Sie in unseren Verhandlungen kein Wort gesprochen. (Abg. Aufhäuser: Unwahr!) Herr Aufhäuser, nachdem wir solange zusammengearbeitet haben, bitte ich Sie, doch andere Ausdrücke zu wählen. Sie wissen, dass die Vertreter der Zentrumsfraktion sich dem Vorschlage, die Arbeitslosenversicherung durch Leistungsabbau zu sanieren, so stark entgegengestellt hat, wie irgend eine andere. Wir haben bei den Vorlagen im Oktober 1929 bekundet, dass wir zu einem Experiment nach dieser Richtung unter keinen Umständen gewillt waren, was aber nicht ausschliesst - das ist auch in dem Vorschlage Aufhäuser zum Ausdruck gekommen - dass immer noch Möglichkeiten gegeben sind, eine Reform in der Arbeitslosenversicherung zu machen, die Misstände auszuräumen, ohne einen allgemeinen Abbau herbeizuführen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Kompromissvorschlag war keine Ideallösung, aber wir mussten ihn machen, nachdem alle Versuche, die beiden Flügelparteien zur Verständigung zu bringen, vergeblich gewesen waren, und weil das Schicksal des Kabinetts Müller damals an einem Faden hing. (Abg. Aufhäuser: Weil die Volkspartei den Abbau erzwingen wollte!) Ich bleibe dabei, dass wir den Kompromissvorschlag nur in dem Bestreben gemacht haben, die Regierung und die Regierungskoalition zu erhalten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wollten es nicht zum Bruch kommen lassen. Die Verhandlungen haben immer wieder wertvolle Erfolge im Interesse der Sicherung der Arbeitslosenversicherung gebracht; wenn wir sie aus dem System der ewigen Schuldwirtschaft herausbringen und sie auf feste Zuschüsse gründen wollten, so

hätten auch Sie (zu den Soz.) das anerkennen sollen. Wir waren der Ueberzeugung, dass, wenn in diesem Augenblick die Lösung nach dem Kompromissvorschlag versucht wurde, es doch die Aufgabe der nächsten Zeit gewesen wäre, die vollständige Sanierung der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen auf einem Wege, der keinen Abbau der Leistungen bedeuten würde. Wir werden, wenn die jetzige Regierung am Leben bleibt, nicht bis zum Herbst warten, dass diese Dinge, die dringlich sind wie keine anderen, ausgeräumt werden. (Zwischenruf bei den Soz.) Mit Ihnen. Darum haben wir in unserer Erklärung gesagt, wir bedauern, dass die politische Bedeutung unseres Ausgleichsvorschlages nicht allseitig und richtig erkannt worden ist. Wir halten auch bei dem jetzigen Kabinett die Sicherung dafür als gegeben, dass keine soziale Reaktion eintritt. Wir haben besonders zu dem Führer des Kabinetts das vollste Vertrauen. (Beifall im Zentrum.) - wenn Dr. Breitscheid uns beschworen hat vor den Gefahren des Artikel 48, so sage ich, dass alle Parteien dieses Hauses, insbesondere die Parteien, die die ersten Hüter der Verfassung sind, die Pflicht haben, die Anwendung des Artikels 48 nicht notwendig zu machen (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich hoffe, dass auch Herr Dr. Breitscheid sich dieser demokratischen und verfassungsmässigen Forderung nicht verschliesst. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (DVP) versichert, dass die Deutsche Volkspartei die Liebeserklärung Dr. Breitscheids nicht erwidere und begrüsst in erster Linie die Erklärung der Regierung, dass die Aussenpolitik in den bisherigen bewährten Bahnen fortgeführt werden solle. Dies werde dadurch gewährleistet, dass ihre Führung in den gleichen Händen geblieben ist. Die Deutsche Volkspartei billigt die Vorlegung eines umfassenden Sanierungsprogramms und das Bekenntnis zur rücksichtslosen Sparsamkeit, die auf allen Gebieten, auch bei der Arbeitslosenversicherung angewandt werden müsse. Die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft wird das beste Fundament der Sozialgesetzgebung und ihrer Weiterentwicklung bilden müssen. Die Deutsche Volkspartei wird auch an allen Massnahmen zur Förderung der Landwirtschaft bereitwilligst mitwirken. In der Fürsorge für den Osten sieht sie eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben. Auch die grosse Aufgabe der Reichsreform muss in den Rahmen der Sparsamkeitsaktion einbezogen werden. Die Regierung darf bei der Durchführung ihres Gesamtprogramms auf die tatkräftige Mitarbeit der Deutschen Volkspartei vertrauen.

Abg. Pieck (Komm.): Wie die Regierungserklärung sagt, will Brüning weitermachen, was Müller getrieben hat. Der wahre Beherrscher dieser Regierung ist aber Hugenberg. Das Zentrum dient dem Kapital, in den rheinischen Gemeinden hat es, mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Sozialtats verkürzt. Breitscheid hat pathetisch zum Kampf gegen die grüne Front aufgerufen, aber die SPD ist in der Regierung den Wünschen der Grossagrarien entgegengekommen, ihnen sogar zuvor gekommen, indem sie den Weizenmindestpreis auf 260 Mark festzusetzen vorschlug. Der Vernunftrepublikaner Treviranus ist von Anfang an stramm im Stahlhelm, er hat ja auch beantragt, die Massnahmen gegen Frick zurückzuziehen. Jetzt macht er den Mittelsmann mit England, vielleicht auch gegen die Sowjetunion. (Zuruf der Komm.: Vor zwei Jahren hat er in London verhandelt! - Minister Treviranus: Haben Sie noch was, Herr Stöcker?) Gegen die Anwendung des Artikels 48 kann die SPD umsoweniger protestieren, als Severing selbst oft genug damit gedroht hat. Die SPD hat 1924 jenes Ermächtigungsgesetz bewilligt, mit dem der Achtstundentag erdrasselt und alle möglichen Reaktionsziele verwirklicht worden sind. Aus der Rede Breitscheids sprach der Ton der gekränkten Leberwurst, er versichert die bürgerlichen Parteien seiner Treue und dass das Misstrauensvotum gar nicht so ernst gemeint und man zur Zusammenarbeit bereit sei. Aus Angst vor der wachsenden Opposition in den Gewerkschaften hat der ADGB die Minister zum vorübergehenden Rücktritt gezwungen, dessen Notwendigkeit wegen einem viertel Prozent sie nicht einsehen wollten. Allerdings hat sich die SPD schon so festgelegt, dass ihre Umkehr kaum möglich ist. Keiner der gewesenen SPD-Minister hat den Misstrauensantrag unterschrieben, wohl um wieder Minister werden zu können. Pieck schliesst mit dem vorschriftsmässigen Hochruf auf ein "Sowjet-Deutschland". (Händeklatschen der Komm.)

Abg. Drewitz (Wirtschaftsp.) verliest eine Zustimmungserklärung für Hindenburg und das "Hindenburg-Kabinett". Solange die Regierung den Richtlinien des greisen Heer- und Volksführers treu bleibt, werden wir sie unterstützen. Einige Punkte der Regierungserklärung erregen, angesichts der Zielsetzung durch den Herrn Reichspräsidenten, starke Bedenken. Wir fordern privat rechtlich geleitete Staatswirtschaft und Anerkennung der Meinung der überwiegenden Mehrheit in den bürgerlichen Parteien, dass Familie, Christentum und Sitte die Grundlage des Staates sind. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Dem.) betont, dass es in diesem Reichstag keine andere regierungsfähige Mehrheit gibt als die Grosse Koalition, und er unterstreicht den grossen Wert der Mitarbeit der Sozialdemokratie. Die Sorgen und Bedenken der Demokratischen Partei gegen diese Regierung mit solchen Mitgliedern, die bisher die Republik bekämpft haben, stellen wir nur zurück, um nicht eine Staatskrise hervorzurufen. Wir wollen der Regierung die Aufnahme ihrer Tätigkeit ermöglichen, halten sie aber nur für ein Uebergangsstadium. Sollte es zu einer Neufestigung der Grossen Koalition führen, so wäre es nicht nur notwendig, sondern auch nützlich. Wir verlangen, dass der Artikel 48 nicht gegen seinen Sinn und Inhalt angewendet wird, und wir fordern eine energische und gradlinige demokratische Politik auch gegen die Zustände in Thüringen. (Beifall links.)

Abg. Hülser (Volkskons.) begrüsst die neue Regierung als Werk Hindenburgs und billigt ihre Erklärung. Der Weg zur inneren Einigung der Nation kann nur durch Ueberwindung des überwuchernden und zersetzenden Parteigeistes freigemacht werden. Die Finanzpolitik muss den Erfordernissen einer von nationalem Gemeinschaftsbewusstsein und christlicher Nächstenliebe getragenen Sozialpolitik gerecht werden. Das grausame Geschick der Arbeitslosigkeit muss vom ganzen Volk, besonders von den noch leistungsfähigen und in ihrer Existenz gesicherten Volkskreisen mitgetragen werden. Voraussetzung eines Wiederaufstieges ist, dass sich das deutsche Volk auf die unvergänglichen Lebensquellen des christlichen Glaubens besinnt und die göttlichen Sittengesetze wieder zum Massstab seines Handelns macht. Die Regierung darf sich deshalb der Sicherung einer christlichen Jugend-erziehung nicht versagen. Sie wird nur dann Erfolg haben, wenn sie sich auch in der praktischen Arbeit frei hält von Koalitions- und parteipolitischen Verstrickungen, und wenn sie sich immer als Trägerin des grossen Gedankens des Reichspräsidenten fühlt.

Abg. Leicht (Bayer.VP): In Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler stellen wir fest, dass die Fraktionen in ihrer Stellung gegenüber der Regierung und ihren Vorlagen nicht gebunden sind. Mit der Regierung begrüssen wir die baldige Befreiung der Rheinlande und der Rheinpfalz. Wir erwarten, dass die Regierung mit aller Energie für den Schutz der deutschen Minderheiten und die allgemeine Abrüstung sich einsetzen wird. Wir sind tief empört über den blutigen Terror, mit dem in Russland religiöse Ueberzeugung verfolgt wird. Wir hoffen, dass die Reichsregierung die Bestrebungen des päpstlichen Stuhls in dieser Sache unterstützen wird. Die Fürsorge für die Grenzgebiete muss auch dem besonders armen Land an der bayerischen Ostgrenze zuteil werden. Wir lehnen die Misstrauensanträge ab.

Abg. Schlange-Schöningen (Chr.Nat.Bauernpt.): Die Rede Dr. Breitscheids war aus dem Schmerz geboren: Behüt' Dich Gott, es wär so schön gewesen. Das Kabinett Müller war das Kabinett der verpassten Gelegenheiten. Es kommt nicht auf die Masse der Gesetzgebung an, sondern auf die Güte und die Wirkung. Das Kabinett Müller ist das Rekordministerium der Arbeitslosenzahl geworden, das Kabinett Brüning soll das Reparationskabinett der Müllerschen Unterlassungen sein. Wer Schiele an der Arbeit für die Landwirtschaft hindert, muss als Schädling gebrandmarkt werden. Besonders begrüssen wir, dass zum ersten Mal der Block entschieden nach dem Osten gerichtet wird. Wir danken dem Reichspräsidenten, dass er, wie er bei Tannenberg den Osten gerettet hat, auch jetzt den Blick der Nation auf den Hauptgefahrenpunkt der deutschen Zukunft gelenkt hat. Millionen Menschen schöpfen neue Hoffnung aus der Ministerschaft Schieles. Die Parteipolitik hat ihren Kurswert verloren. Wenn der Reichskanzler so handelt, wie er in Aussicht gestellt hat,

dann wird das die stärkste Regierung sein, die Deutschland seit dem Kriege be-
sessen hat. Wir begrüßen es, dass diese Regierung zum ersten Mal auf gesetz-
mässigem Wege sich über den überspitzten Parlamentarismus hinwegsetzt. Dem Aus-
senminister und seiner Aussenpolitik stehen wir mit denselben Gefühlen gegen-
über wie bisher. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Wir werden die Regierung unter-
stützen, solange sie ihren Worten Taten folgen lässt.

Abg. Dr. Fehr (D.Bauernpt.) begrüsst die Sparsamkeit der neuen Regierung
an Worten, denn geredet ist genug. Die Erklärung über die Aussenpolitik, bill-
igen wir, vermissen jedoch eine deutliche Kundgebung des Willens, bei Neuab-
schluss von Handelsverträgen das System der Meistbegünstigung, das die deutsche
Landwirtschaft schädigt, abzu verlassen. Das Festhalten an dem Finanzplan der vo-
rigen Regierung können wir nicht billigen, denn so kann den Ländern und Gemeinden
nicht dauernd geholfen werden. Die neuen Steuervorschläge belasten die Wirt-
schaft schwer und sind eine indirekte Schädigung der landwirtschaftlichen Pro-
duktion und ihres Absatzes. Das gilt vor allem für die Erhöhung der Biersteuer,
die für uns gänzlich unannehmbar ist. Erhöhung der Umsatzsteuer wäre einfacher,
billiger und erträglicher. Voraussetzung einer dauernden Sanierung ist eine
grundlegende Revision der sozialen Gesetzgebung, besonders die Beseitigung der
Misstände in der Arbeitslosenfürsorge, die heute allen Hilfsaktionen die dauern-
de Wirkung nimmt, Arbeitswillen und Arbeitsmoral besonders der heranwachsenden
Jugend lähmt und zerstört. Bei besserer Arbeitsmarktlage muss die Neuordnung
erfolgen. Wir begrüßen die Zusagen für die Landwirtschaft und werden gegen die
Misstrauensanträge stimmen.

Abg. Alpers (D-Hannov.) spricht im gleichen Sinne und fordert Reichsreform
als Voraussetzung der Sanierung.

Abd. Dr. Best (Volksrechtpt.) verlangt beschleunigte Reform der Aufwer-
tungsgesetzgebung.

Donnerstag 11 Uhr Weiterberatung.- Schluss 16 Uhr.

Preussischer Landtag

SPD. **Berlin, den** 2. April (Eig. Ber.)

In der am Mittwoch im Preussischen Landtag fortgesetzten Aussprache über den Kultusetat beim Abschnitt "Geistliche Verwaltung" erklärte

Ministerialdirektor Trendelenburg dass er vor der beabsichtigten Verlegung des Busstages auf einen Sonntag warnen müsse. Diese Massnahme würde einen Eingriff in die innerkirchlichen Angelegenheiten der evangelischen Kirche bedeuten und Konsequenzen auch in Bezug auf katholische Feiertage haben. Die Behauptung des Abg. Kleinspehn (Soz.), dass die Kirche sich der Sozialpolitik ablehnend gegenüber verhalte, sei unrichtig. Der Vertragsabschluss mit der evangelischen Kirche werde keine Mehrbelastungen im Etat bringen.

In der zwischendurch vorgenommenen Abstimmung über den Justizetat werden die angefochtenen Titel bewilligt. Der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe wird ebenso wie der deutschnationale Antrag, die Altersgrenze der Richter von 65 auf 68 Jahre festzusetzen, dem Rechtsausschuss überwiesen.

In der hierauf fortgesetzten Kultusdebatte nimmt zum Abschnitt "Volks-
schulen" das Wort

Abg. Frau Jensen (Soz.):

Nach dem Ausscheiden des Kultusministers Dr. Becker hat ein Teil der Presse einen Volksschullehrer als Minister abgelehnt. Insbesondere das "Berliner Tageblatt" hat in diesem Zusammenhang vom Kultusministerium als dem "Ministerium der Gebildeten" gesprochen. Man bemängelt, dass der Name "Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" viel zu lang sei. Aber er sagt das, was das Ministerium eigentlich sein sollte, denn wir müssen feststellen, dass es als Volksbildungsministerium seinem Namen bisher noch keine Ehre gemacht hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dass im Volke der Bildungswille lebendig ist, hat bereits der neue Minister klargelegt. Er hat in diesem Zusammenhang von der Bedeutung der Volksschule und dem überhandnehmenden Berechtigungswesen gesprochen. Die Deutschnationalen haben bereits im Ausschuss erkennen lassen, dass sie auf die Volksschule weniger Wert legen und nur die Mittelschulen gelten lassen wollen. Das zeigt, wie ganz allgemein die Volksschule verkannt wird, weil sie, losgelöst von allen anderen Schularten, kein Berechtigungszeugnis kennt. Sie wird von der sogenannten Intelligenz gemieden und steht völlig isoliert da. Deshalb kann Schulreform im eigentlichen Sinne nur Volksschulreform sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zu einer durchgreifenden Reform auf diesem Gebiete aber muss das Ministerium endlich den Mut aufbringen. Sie wird nur möglich sein durch Verlängerung der Schulzeit, durch Einrichtung einer zehnklassigen Schule, die evtl. durch Gesetzesänderung zu schaffen ist. Voraussetzung dazu muss sein, dass das Entlassungszeugnis der Volksschule dem Mittelschulzeugnis gleichgestellt wird. Auch die einklassigen Landschulen entsprechen den Anforderungen der heutigen Zeit in keiner Weise mehr. Das Wort von der Allgemeinbildung des Volksschullehrers ist eine Phrase. Der Volksschullehrer von heute soll nicht nur Pädagoge sein, sondern es wird auch von ihm verlangt, dass er auf den verschiedensten Spezialgebieten Bescheid wissen muss. Das alles in einer Person zu vereinigen, wie es der letzte Kultusminister einmal verlangt hat, dürfte aber unmöglich sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Um die Bildungslücken auszufüllen, sind für die bildungshungrige Bevölkerung die Volkshochschulen eingerichtet worden. Leider sind die Mittel dafür im Etat viel zu gering, und sie sind in diesem Jahre sogar noch weiter ver-

mindert worden. Mit Hilfe der anderen Parteien ist es uns allerdings gelungen, die Absicht des Finanzministers zu vereiteln. Volkshochschulen sind eine staatspolitische Notwendigkeit. Es ist unmöglich von einem Arbeiter zu verlangen, dass er sich die fehlende Bildung, wenn er abgespannt seine Tagesarbeit hinter sich hat, in Abendschulen aneignet (Sehr wahr! bei den Soz.). Sie sind aber auch notwendig, weil die Verantwortung der Arbeiterschaft durch ihre positive Mitarbeit am Staat in keinem Verhältnis steht zu der durch die Volksschule vermittelten staatspolitischen Bildung. (Sehr gut! bei den Soz.)

Für diesen Zweck genügen die vorhandenen Volkshochschulen bei weitem nicht, und in den vorhandenen Volkshochschulen ist der Lehrstoff vielfach so gestaltet, dass er schärfste Kritik herausfordert. Es scheint uns z.B. völlig überflüssig zu sein, dass man ausgerechnet in solchen Schulen den Volkstanz pflegt. Solche Dinge gehören nicht in Volkshochschulen; sie diskreditieren höchstens diese Einrichtungen (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir erwarten also vom Ministerium Hebung der Volksschule und Ausbau der Volkshochschulen. Trotz der Not unserer Zeit muss dafür das nötige Geld vorhanden sein. Möge es dem Herrn Minister gelingen, die Volksschule zu einer Schule des Volkes zu machen (Beifall bei den Soz.)

Abg. Kickhöffel (Dtn.) warnt den Minister, etwa die Volksschulreform nur auf die städtische Industriebevölkerung einzustellen. In erster Linie müsste den Landschulen geholfen werden. Hier aber sei es nicht so leicht, die einklassige Schule zu beseitigen und Zentralschulen zu schaffen, denn dieser Forderung ständen nicht etwa reaktionäre, sondern realistische Schwierigkeiten im Wege.

Abg. Brockmann (Ztr.) fordert ebenfalls Ausbau der Volksschule. Dissidentische Lehrer dürften nicht an konfessionellen Schulen beschäftigt werden. Die Volksschule sei zu einer Zubringerschule für die höheren Lehranstalten geworden. Der Redner wendet sich ferner gegen das übertriebene Berechtigungswesen und beschäftigt sich mit dem Junglehrerproblem und den pädagogischen Akademien.

Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 2. April (Eig. Ber.)

Im Landtag sprach am Mittwoch zum Kultusetat beim Abschnitt "Volksschule" Abg. Frau Jensen (Soz.). Die Volksschule soll, wie der Name sagt, dem Volke die Bildungsgrundlagen vermitteln. Im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft unseres Volkes ist sie deshalb eine der wichtigsten Staatseinrichtungen, und es versteht sich von selbst, dass gerade die Arbeiterschaft der Ausgestaltung des Volksschulwesens schon von jeher die grösste Beachtung geschenkt hat. Dagegen hat der Staat leider bisher die Volksschule als Stiefkind behandelt. Das Volksbildungsministerium hat seinem Namen bisher wenig Ehre gemacht. Wenn auch manchem Arbeiterkind der Weg zur höheren Schule geebnet wurde, so sind das doch immer nur Ausnahmen und man kann mit Fug und Recht heute noch genau wie früher von einem Bildungsprivileg der Besitzenden sprechen. Der sozialdemokratische Kultusminister Grimme hat sich mutig gegen das Berechtigungswesen ausgesprochen. Schon darin liegt, dass die Volksschule, die kein Berechtigungszugnis kennt, losgelöst ist von allen anderen Schularten und völlig isoliert dasteht. Schulreform kann deshalb im eigentlichen Sinne nur Volksschulreform sein. Die Sozialdemokratie will das erreichen durch eine Verlängerung der Schulzeit, durch Einrichtung der zehnklassigen Schule und durch Hebung des